



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## DIE RUSSISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2012 UND 2013

■ ANALYSE		
»Reformtuning« und tatsächlicher Fortschritt: Russlands Wirtschaftspolitik		2
Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien		
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		12
■ RANKING		
Die fünfzig führenden russischen Politiker des Jahres 2012		16
■ UMFRAGE		
Politische Stimmungen in Russland		18
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
»Russlands Traum« ist vorerst ausgeträumt		25
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 24. Januar bis zum 7. Februar 2013		27



## »Reformtuning« und tatsächlicher Fortschritt: Russlands Wirtschaftspolitik

Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

### Zusammenfassung

Eine Analyse der gegenwärtigen russischen Wirtschaftspolitik verlangt eine differenzierte Betrachtung. Einige Indikatoren und objektive Reformnotwendigkeiten (unverändert hohe Rohstoffabhängigkeit und hierdurch bedingt hohe Staatsdefizite ohne Öleinnahmen, hoher Staatseinfluss in der Wirtschaft, kaum nachhaltig aufgestellte Sozialsysteme) deuten auf wirtschaftspolitische Stagnation hin. Letzteres wird prominent in westlichen Medien und der politischen Debatte – auch in Westeuropa und im angelsächsischen Raum – thematisiert. Allerdings wurden im Bereich des »Makromanagements«, wie z.B. in der Geldpolitik und beim Währungs- bzw. Wechselkursregime auch wichtige und nicht triviale Fortschritte erzielt. Diese finden in der seriösen lokalen, innerrussischen wirtschaftspolitischen Debatte, mehr Beachtung als im Ausland.

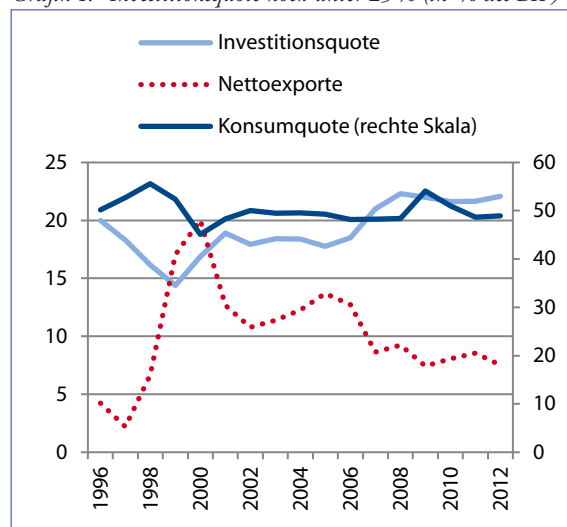
### Ein Verdacht von Stagnation...

In der neuen präsidentialen Amtszeit Putins hat Wirtschaftspolitik an Relevanz gewonnen. Einige Wirtschaftsindikatoren und strukturelle Trends weisen auf eine sich abzeichnende wirtschaftliche Stagnation hin. Im angelsächsischen Raum gibt es schon die These vom Ende des bisherigen Wirtschaftsmodells, der »Putinomics« (Owen Matthews: »The End of Putinomics«, Newsweek 30. 12. 2012). Insbesondere die Jahreswachstumszahlen von 3–4 % (2012: 3,4 %, 2011: 4,3 %) sind derzeit, vor allem für eine große aufstrebende Volkswirtschaft bzw. ein BRIC-Land, eher schwach. Auf Quartalsbasis ist das Wirtschaftswachstum in Russland im dritten und vierten Quartal 2012 im Vorjahresvergleich schon auf 2,9 % und 2,0 % gefallen; Wachstum unter 3 % kann in Russland als Stagnation angesehen werden. Zudem wird das Wachstum seit 2008/09 fast nur vom heimischen, unter anderem durch einen durchaus risikobehafteten Kreditboom befeuerten Konsum getragen. Einige führenden Konsumentenkreditanbieter (wie Tinkoff, Home Credit oder Russian Standard) weiten ihr Kreditportfolio derzeit mit Jahreswachstumsraten von 80–100 % aus. Die weiterhin hohe Abhängigkeit des Staatshaushalts von Einnahmen aus der Öl- und Gasproduktion und eine schwache Investitionsdynamik unterstreichen das Bild der Stagnation. Ohne tiefgreifendere Reformen und mittels einfacher Nachfrage-Stimulierung, etwa über die Fiskalpolitik, ist dem Trend zur wirtschaftlichen Stagnation nicht mehr beizukommen.

Um das Land nachhaltig zu modernisieren, und damit auch Wachstum zu sichern, werden Kapital, Investitionen, qualifizierte Arbeitskräfte und Know-how benötigt. Allerdings ist der Arbeitsmarkt gesättigt, was sich in einem hohen Beschäftigungsstand, relativ niedrigen Arbeitslosenzahlen und in hohen Lohnkosten niederschlägt. Die Lohnstückkosten (die Relation von Arbeitnehmerentgelt zu BIP) liegen in Russland mittlerweile bei knapp über 50 % des Wertes in Westeuropa. Damit ist diese Relation schlechter als in ost-

europäischen Reformländern mit einem soliden Industriesektor (wie Tschechien, der Slowakei oder Polen); die Lohnstückkosten in Russland liegen über denen in so genannten »Billiglohnstandorten« wie Bulgarien, Serbien oder Ukraine. Das jährliche durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Russland ist dennoch seit 1999 kontinuierlich gestiegen und hat sich je nach Berechnungsmethode fast verzehnfacht oder zumindest verdoppelt (von 1.200 Euro im Jahr 1999 auf derzeit etwa 11.000 Euro zu Marktpreisen bzw. von 6.200 auf etwa 13.500 Euro zu Kaufkraftparitäten unter Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden). Vor allem ausländische Firmen profitieren gegenwärtig von dem deutlichen Einkommenswachstum auf einem der größten Konsummärkte Europas. Die Investitionsquote hingegen liegt weiterhin unter 25 % des Bruttoinlandsproduktes, und Kapital wird exportiert. Der Leistungsbilanzüberschuss von fast 70 Milliarden Euro (2012) lässt sich lediglich durch die weiterhin hohen Öl- und Gasexporte erklären. In der Exportstruktur, die klar die kompara-

Grafik 1: Investitionsquote noch unter 25 % (in % des BIP)



Quelle: Rosstat

tiven Vorteile einer Ökonomie zeigt, hat die Rohstofflastigkeit Russlands in der letzten Dekade sogar zugenommen. Öl- und Gasexporte stehen heute für 65 % der Gesamtexporte, während dieser Wert vor zehn Jahren bei knapp über 50 % lag.

### International sichtbares »Reformtuning«

Diese Zusammenhänge wurden offenbar auch von der russischen Regierung erkannt. Daher gab Präsident Putin vor einem Jahr das Ziel aus, im »Ease of Doing Business Index« von derzeit Platz 112 bis 2015 auf Platz 50 vorzurücken (etwa die derzeitige Platzierung von Kasachstan oder Tunesien) und bis 2018 gar Rang 20 (eine Platzierung von Deutschland oder Estland heute) zu erreichen, um das Investitionsklima, welches sich in den letzten Jahren markant verschlechtert hat, zu verbessern.<sup>1</sup> Die Russische Föderation schneidet insbesondere in jenen Bereichen, die im alleinigen Verantwortungsbereich der Verwaltung liegen (Registrierung, Gewährung von Baugenehmigungen und Stromanschlüssen, Zoll- und Außenhandelsregime, und Investitionsschutz), besonders schlecht ab. Hier soll vorrangig modernisiert werden. In diesem Bereich verspricht man sich viel von der Stärkung eines »Ombudsmann-Systems«. Es bleibt abzuwarten, ob solch ein weiteres personalisiertes System Abhilfe schafft. Die Steuerverwaltung wird etwas besser bewertet, ebenso die Möglichkeit, Insolvenz anzumelden.

Völlig unrealistisch ist die Kreml-Zielsetzung dennoch nicht. Georgien, auf Rang 9 des 2012 Ease of Doing Business Index, war 2006 noch auf Rang 100 und ist ein Beispiel, wie in diesem Ranking »Reformtuning« betrieben werden kann, ohne wirklich marktwirtschaftlich transparente Standards zu etablieren.

Nach langen Verhandlungen ist Russland im Jahr 2012 auch der WTO beigetreten. Dies kann als wirtschaftspolitischer Erfolg oder ebenfalls als »Reformtuning« gewertet werden. Die Interpretationen und erwarteten Implikationen sind auf russischer und internationaler (vor allem europäischer) Seite nicht deckungsgleich. Die EU sieht die WTO-Mitgliedschaft Russlands erst einmal als Ausgangsbasis, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken und gegebenenfalls ein weitreichendes bilaterales Handels- und Investitionsabkommen abzuschließen, ein so genanntes »Deep and Comprehensive Free Trade Agreement«. Die internatio-

nale Seite wird zudem mit Interesse verfolgen, wie sich Russland im WTO-Regelwerk verhält; etwa im Rahmen von Streitschlichtungsverfahren, einer der zentralen WTO-Aufgaben. So sorgte einige Wochen nach dem WTO-Beitritt die russische Seite mit einer Recycling-Gebühr auf Import-KFZ (obwohl es aktuell keine adäquate Recyclinginfrastruktur gibt!) für erste Verstimmung. Wie andere große Beitrittsländer hat sich Russland beim WTO-Eintritt bei einzelnen Zöllen und vor allem im Dienstleistungssektor auch einige lang laufende Übergangsregelungen (im Bereich von 7–10 Jahren) und Sonderregelungen für Schlüsselbranchen ausgehandelt. Im Finanzsektor laufen einige Übergangsregelungen noch fast 10 Jahre. Zudem wurde festgeschrieben, dass der ausländische Anteil am Bankensystem auf 50 % beschränkt bleibt (mit Ausnahme von ausländischem Kapital, das Investoren bei der Privatisierung von Kreditinstituten investieren).

Insgesamt herrscht jedoch auf russischer Seite die Ansicht vor, im Rahmen des WTO-Beitritts bereits sehr viele Zugeständnisse gemacht zu haben. Nun werden rasche Erfolge erwartet, während die WTO-Beitrittsgespräche von russischer Seite nicht unbedingt mit dem Willen zu notwendigen langfristigen Strukturreformen geführt wurden. Es stand eher das Streben im Vordergrund, einem »Club« beizutreten, dem man aus Macht- und Prestige Gründen eben anzugehören habe. Die WTO-Mitgliedschaft gilt eher als Mittel zum Zweck, um das internationale Investitionsprofil des Landes zu stärken. Die WTO-Mitgliedschaft selbst ist allerdings eine notwendige, aber sicher keine hinreichende Bedingung zur Stärkung des Handels- und Investitionsumfeldes.

Durch die Verbesserung des Geschäftsumfeldes in Russland sollen »nebenbei« auch 25 Millionen qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden, und die Investitionsquote auf mindestens 25 % des BIP ansteigen. Letztere Ziele sind ambitioniert, ihre Umsetzung bräuchte eher zehn bis fünfzehn Jahre sowie eine flankierende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die aber gegenwärtig noch nicht erkennbar ist

### Haushaltspolitik und Staatsunternehmen

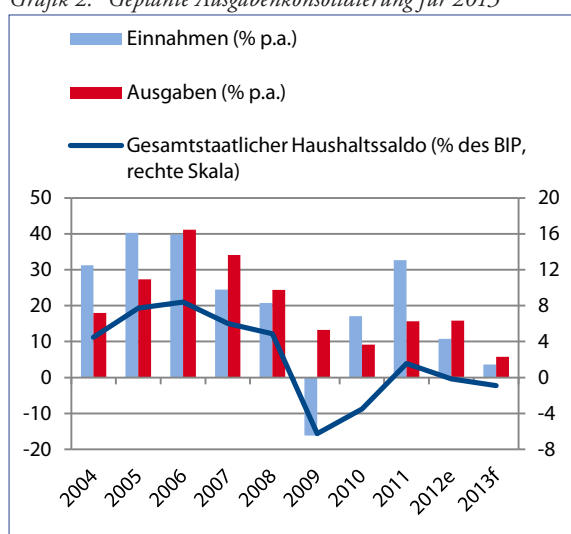
Dem Rat heimischer und internationaler Berater folgend setzt Russland ab 2013 wieder verstärkt auf eine fiskalische Regelbindung. Der für die Haushaltsplanung angenommene Ölpreis und somit der staatliche Ausgabenpielraum werden sich künftig aus dem historischen Marktpreistrend für Öl ergeben (2013 dem Fünfjahresdurchschnitt, bis 2018 dem Zehnjahresschnitt). Die Staatsausgaben dürfen nicht mehr als 1 % des BIP über den projizierten Gesamteinnahmen liegen, geschätzt auf Basis der Ölpreishistorie. Die Entpolitisierung der

1 Der Index umfasst 10 Indikatoren, welche gleichgewichtet messen, wie einfach es ist, ein Geschäft zu eröffnen, Baugenehmigungen, einen Stromanschluss oder einen Kredit zu erhalten, Eigentum zu registrieren, Steuern zu zahlen, Investitionsschutz geltend zu machen, grenzüberschreitend zu handeln, Verträge einzufordern, und Insolvenz anzumelden. Siehe: <http://www.doingbusiness.org/rankings>

Haushalts-Ölpreisprognose ist wichtig, da sie Dreh- und Angelpunkt der staatlichen Haushaltsplanung ist. Das neue fiskalische Regelwerk impliziert zudem eine graduelle fiskalische Straffung und sollte bei Regelbefolgung nach IWF-Berechnungen das Nicht-Öldefizit von 11,3 % des BIP (2012) in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte und 2015 um einen weiteren Prozentpunkt in 2015 absenken. Es bleibt abzuwarten, ob die Regeln halten, denn bei Herausrechnung der Energieeinnahmen ist die Position der öffentlichen Haushalte weiter schwach (Siehe Russlandanalysen Nr. 247 vom 16. 11. 2012). Daher sollen zur mittelfristig angezeigten Konsolidierung nun unter anderem staatsnahe Unternehmen (inklusive Tochterunternehmen) mit einem Staatsanteil von 50 % im Kapitalstock durch Dividendenzahlungen herangezogen werden. Einige staatsnahe Firmen können sich politisch gewünschte Dividenden von 25 % des Gewinns leisten; fraglich ist, ob dies für alle staatsnahen Unternehmen gilt.

Eine nachhaltige Reform des Pensionssystems mit seinen gegenwärtigen niedrigen Eintrittsalter- und Minimumarbeitszeitregeln wird weiterhin aufgeschoben. Reine Umschichtungen – wie die ab 2014 geplante Rückführung von jährlich 10 Mrd. US-Dollar an Pensionsersparnissen aus der zweiten Säule des Pensionssystems, dem Kapitaldeckungssystem, ins Umlagesystem – schaffen kaum Abhilfe und sind eher ein Schritt zurück. Ins Bild der wirtschaftspolitischen Ideenlosigkeit passt auch die Reorganisation der Energiewirtschaft: Der direkte staatliche Einfluss im Ölsektor wird weiter ausgebaut. Der bereits hohe Einfluss staatlicher Akteure im Gassektor wird angesichts schwieriger globaler Gasmarktrends offenbar nicht mehr als hinreichend zur

Grafik 2: Geplante Ausgabenkonsolidierung für 2013



e: Schätzung; f: Prognose

Quelle: Thomson Reuters, Raiffeisen RESEARCH

Macht- und Einnahmensicherung wahrgenommen. Die 2012 medial stark beachtete Sberbank-Aktienplatzierung war eher eine PR-Maßnahme, da das Institut auf absehbare Zeit Staatsbank, also in staatlichem Mehrheitsbesitz bleiben wird. De facto hat der Staatseinfluss angesichts kaum nennenswerter Privatisierungserfolge und anhaltender Konzentrationstrends in den letzten Jahren in vielen Wirtschaftsbereichen eher zugenommen und bleibt im internationalen Vergleich hoch (unter Einrechnung von Löhnen, Gehältern etc. entstehen rund 50% der Wirtschaftsleistung unter direktem oder indirektem Staatseinfluss).

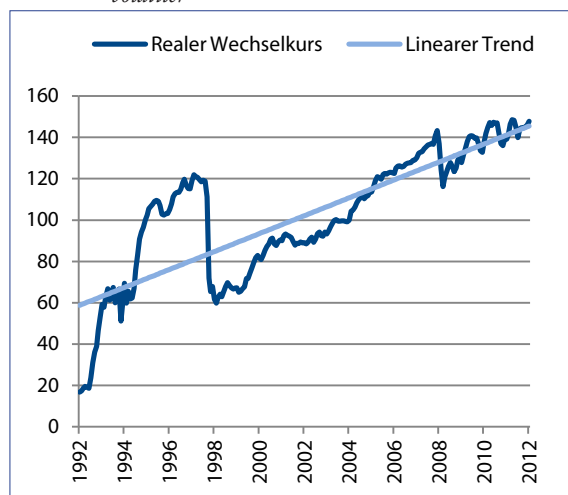
### Geld- und Währungspolitik

Russland hat in den letzten Jahren im Bereich des »Makromanagement« jedoch erhebliche –international teils kaum beachtete– Fortschritte erzielt. Hier ist man anderen großen aufstrebenden Ländern (wie etwa China und Indien) um Einiges voraus. Die Fortschritte im »Makromanagement« sprechen auch für fachlich-personelle Professionalität und eine Mittel- bis Langfristorientierung einiger staatlicher Institutionen, wie etwa der Notenbank oder des Finanzministeriums.

#### Wechselkurs

Seit 2009 gelang der Übergang von einem festen Wechselkurs zu einem flexiblen Rubel-Kurs. Dies hatte weitreichende Implikationen. Zum einen können nun die Auswirkungen eines Rohstoffpreisschocks auf die Realwirtschaft besser abgefedert werden. Zum anderen ist die Notenbank nicht mehr zu erheblichen, automati-

Grafik 3: Die reale Aufwertung des Rubel hält an, ist aber volatil\*

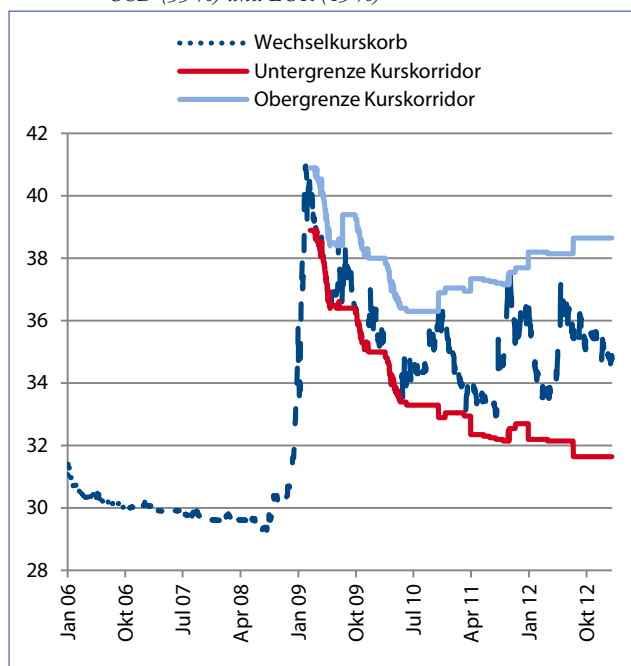


\* Realer effektiver Wechselkurs erhöht sich, wenn die Währung nominal aufwertet und/oder die Inflation (VPI) diejenige der Handelspartner übersteigt

Quelle: Thomson Reuters

schen Devisenmarktinterventionen zur Kursstabilisierung gezwungen. Somit kann sie freier über die Reserven verfügen oder diese bewahren.

Grafik 4: Rubel wird zunehmend frei und in immer weiteren Grenzen gehandelt, Wechselkurskorb in Rubel, bestehend aus USD (55 %) und EUR (45 %)



Quelle: Russische Zentralbank, Thomson Reuters, Raiffeisen RESEARCH

Ein flexibler Wechselkurs erhöht auch das Bewusstsein der Marktakteure für Währungsrisiken, so dass weniger riskante (ungesicherte) Währungspositionen eingegangen werden, etwa Fremdwährungskredite durch Haushalte oder internationale Finanzierungen in Dollar oder Euro durch (Groß-)Unternehmen. Derzeit werden im Gegensatz zur Vorkrisenzeit (d. h. vor 2008) kaum noch Fremdwährungskredite vergeben.

Der Übergang zum flexibleren Rubel erfolgte zum optimalen Zeitpunkt. Nach dem Rubel-Verfall 1998/99 galt die Währung lange Zeit als unterbewertet. Aufgrund des Ölpreisooms der 2000er Jahre setzte jedoch wieder ein Aufwertungsstrend ein, den die Notenbank mit Hilfe einer Interventionspolitik zu bremsen vermochte. Durch kontinuierliche Marktinterventionen häufte die Notenbank Devisenreserven an, was eine Wiederholung des Szenarios von 1998/99 – damals musste Russland Zahlungsunfähigkeit verkünden – unwahrscheinlich macht. Seit 2005 übersteigen die Währungsreserven 25 % des BIP, unmittelbar vor der Finanzkrise 2008 waren es sogar über 35 % des jährlichen BIP (USD 600 Mrd.). Die Reserven decken damit fast die gesamten privaten wie öffentlichen Bruttoaußenschulden des Landes ab (Ende des dritten Quartals 2012 bestand ein Deckungsgrad

von 86 %). Die von der Zentralbank moderierte zwanzigprozentige Abwertung des Rubels Ende 2008/Anfang 2009 bedeutete zwar einen vorübergehenden Verlust von rund ein Drittel der Währungsreserven (USD 200 Mrd.). Diese Episode zeigte aber auch, dass das Niveau der Reserven selbst für einen extremen adversen Schock ausreichend ist. Der Nutzen eines weiteren Reserven-Aufbaus ist daher ökonomisch fraglich (Devisenreserven müssen auch im Ausland, etwa in US-Staatsanleihen oder europäischen Staatsanleihen, angelegt werden).

Da sich zudem unserer Meinung nach auf absehbare Zeit rubelstützende und -schwächende Faktoren ausgleichen sollten, ist es sinnvoll, den Rubel-Kurs von nun an am Devisenmarkt frei zu ermitteln, und nicht mehr von der Zentralbank vorzugeben oder zu steuern zu lassen. Insgesamt darf nicht vergessen werden, dass der Weg vom Festkurssystem zu einer frei gehandelten Währung prinzipiell kein einfacher ist und auch der Weg zur Rubelflexibilität ein gradueller und gemeinsamer Lernprozess von Notenbank und Marktakteuren war (mit zentralen Stationen wie der Währungskorbeinführung 2005, der Liberalisierung des internationalen Zahlungsverkehrs 2006 und der Anerkennung des Rubel als internationale Verrechnungswährung 2007). Risiken aus flexibler Währung und Kapitalverkehrsfreiheit gibt es vor allem durch das verbreitete »Offshoring« in der russischen Wirtschaft bzw. dadurch mögliche plötzliche starke Kapitalabflüsse oder akkumulierte Risiken (etwa in Fremdwährungstransaktionen oder anderen spekulativen Geschäften).

#### *Institutionelle Unabhängigkeit der Notenbank*

Ohne dauernde Devisenmarktinterventionen hat sich der eigenständige Einfluss der Notenbank auf die Geldmengen- und Preisentwicklung erhöht. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Inflation auf Rekordtiefs gefallen ist. Dies lässt sich auch monetär begründen: Die Kursstabilisierungspolitik in den 2000ern zwang die Zentralbank im Zuge der Devisenankäufe zu massiven Ausweitung der Geldmenge. Eine vollständige und effektive Sterilisierung dieser Geldmengenausweitung durch die Zentralbank selbst war nicht möglich, und erfolgte nur teilweise durch die bei der Zentralbank eingelagerten Haushaltsüberschüsse der Regierung. Dennoch stieg die im Umlauf befindliche Bargeldmenge M0 zwischen 2002 und Mitte 2008 um durchschnittlich 36 % pro Jahr an, die Inflationsrate lag im gleichen Zeitraum bei 12,1 % p. a. 2011–2012 hingegen betrug das Geldmengenwachstum bei M0 nur noch 17 %, also weniger als die Hälfte, die Inflationsrate sank auf 6,8%.<sup>2</sup>

2 Die Jahre 2009 und 2010 werden hier bewusst ausgeblendet, da in diesem Zeitraum eine Rubel-Geldmengenkontraktion

Eine auf Senkung der Trendinflation (Disinflation) abzielende Geldpolitik – mit Inflationszielen von 4–5 % für 2014/15 – hat positive, dämpfende Wirkungen auf das langfristige Zinsniveau. Letzteres wird aufgrund des hohen Bedarfs an langfristigen Kreditfinanzierungen zu annehmbaren Zinskonditionen für die Modernisierung Russlands zunehmend wichtig. Derzeit hat fast die Hälfte aller Unternehmenskredite in Russland eine Laufzeit von weniger als einem Jahr, Finanzierungen über mehr als drei Jahre gibt es kaum und die Zinsen längerfristiger Kredite (über ein Jahr) liegen derzeit bei etwa 12–14 %.

In der ersten Phase nach der Finanzkrise, also in den Jahren 2010 und 2011, konnte die Zentralbank ihre Zinssteuerung stärken und somit ihren Einfluss auf dem Geldmarkt erhöhen. Die kurzfristigen Geldmarktsätze orientierten sich an dem Einlagesatz der Zentralbank (von 2,5 % im Jahr 2010 und inzwischen 5,5 % im September 2012). Damit gibt es zum ersten Mal in der russischen Geldpolitik einen bindenden Refinanzierungs-Leitzins (bzw. ein System von Leitzinsen, wenn man den Zinskorridor zwischen Einlagesatz und Refinanzierungssatz betrachtet).

Zum Rückgang der Inflationserwartungen und einer effektiveren Geldmarktsteuerung hat auch beigetragen, dass die Notenbank die Qualität und Transparenz ihrer Kommunikation mit der Öffentlichkeit und den wichtigen Marktakteuren in den letzten Jahren deutlich verbessert hat (etwa über Pressestatements nach den inzwischen regulär monatlich stattfindenden Zinssitzungen oder über quartalsweise erscheinende »Inflationsreports« bzw. seit 2013 »Reports über die Geldpolitik«).

Ferner hat sich die Notenbank graduell als Akteur mit gewisser Selbstständigkeit positioniert und unlängst durchaus unpopuläre, aber klare regulatorische Schritte zur Dämpfung des extremen Konsumkreditbooms gesetzt. Die Konsumentenkredite haben 2011 und 2012 um 40–50 % gegenüber dem Vorjahr zugelegt, während gleichzeitig die Eigenkapitalquoten im Bankensektor deutlich absanken (nach dem lokalen H 1-Standard von über 20 % im Jahr 2009 auf 13 % im Jahr 2012). Derzeit wird so viel Konsum wie noch nie auf Pump finanziert, der persönliche Verschuldungsgrad der Haushalte steigt viel stärker als ihr Einkommen. Bei Zinssätzen im Bereich von 20–60 % ist eine reine Zinspolitik über Leitzinsschritte im niedrigen einstelligen Prozentbereich wenig effektiv. Daher hat die Notenbank 2012 (teils mit Wirkung erst ab 2013) die Risikogewichte für hochrisikante unbesicherte Konsumentenkredite (mit Zinssätzen über 20 % in Fremdwährung bzw. 25 % in Rubel

oder Hochrisikokredite mit Zinssätzen über 60 %) oder Kredite mit hohen Kredit-Wert-Relationen (bei denen der ganze Immobilienkauf über Schulden finanziert wird) oder bereits notleidende Vermögenswerte (zum Großteil bereits bestehende langfristige Immobilieninvestitionen) in den Bankbilanzen deutlich erhöht. Ferner wurden unter anderem die lokalen Kapitalanforderungen an Banken deutlich erhöht.

Für geldpolitische Ziele und nachhaltiges Wachstum sind kurzfristig unpopuläre Schritte (wie eine Liquiditätsverknappung über Zinsen oder regulatorisches Einbremsen der privaten Verschuldung) wichtig und können die Reputation und Glaubwürdigkeit der russischen Zentralbank erhöhen. Mit den neuen regulatorischen Anforderungen scheint in den kommenden Jahren »nur« noch ein Kreditwachstum um die 20–25 % möglich und insofern setzt auch Russland – wie viele Staaten nach der globalen Finanzkrise – in Zukunft auf eine vorsichtigeren Banken- und Finanzsektorexpansion.

Wie in vielen anderen Ländern auch muss die Zentralbank in Russland ihre Unabhängigkeit fortlaufend unter Beweis stellen – besonders, wenn der Reputationaufbau hinsichtlich der Inflationsbekämpfung, wie im Falle der russischen Zentralbank, noch nicht abgeschlossen ist. So ist diese Institution im aktuellen Umfeld der konjunkturellen Abkühlung erheblichem politischen und öffentlichen Druck von Seiten der Regierung (besonders dem Wirtschaftsministerium) und durch Geschäftsbankenvertreter ausgesetzt. Diese würden lieber früher als später eine lockerere Geldpolitik (also Zinssenkungen) sehen: die Regierung, um das flauere Wirtschaftswachstum durch geldpolitische Stimuli anzufachen, die Geschäftsbankenvertreter wohl eher aus profitmaximierenden Erwägungen. Daher muss die russische Zentralbank schon bald beweisen, dass sie nicht das langfristige Ziel einer weiteren Inflationssenkung auf dem Altar einer kurzfristig orientierten expansiven Konjunkturpolitik opfern will.

Die Situation wird zudem durch den Abgang des langgedienten Zentralbankchefs Sergej Ignatiew erschwert, dessen dritte und damit letzte Amtszeit im Juni abläuft. Präsident Putin muss mindestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit der russischen Staatsduma einen Nachfolger vorgeschlagen, welcher von einer einfachen Mehrheit des Parlaments bestätigt werden muss.

#### *Folgen der »neuen« Geldpolitik*

Insgesamt hat sich die Notenbank mit ihrem geldpolitischen Instrumentarium, basierend auf Leitzins und einem Korridorsystem, dem geldpolitischen Instrumentarium großer und wichtiger Notenbanken wie der EZB angenähert. Verbesserungspotenzial gibt

durch Währungsumschichtungen und ein nachfolgender starker Anstieg durch den positiven Basiseffekt vorliegen.

es sicherlich bei der Feinststeuerung. Kritische Beobachter fordern etwa mittelfristig eine Einengung des aktuellen Zinskorridors. Allerdings darf auch nicht vergessen werden, dass eine Notenbank in so einem extrem fragmentierten Bankensystem wie in Russland (mit über 900 Banken, die teils ganz unterschiedliche Geschäftsmodelle und Liquiditätsgrade haben) nicht vorschnell auf eine auf wenige Instrumente basierende Steuerung – wie in einer voll entwickelten Volkswirtschaft – umschalten kann.

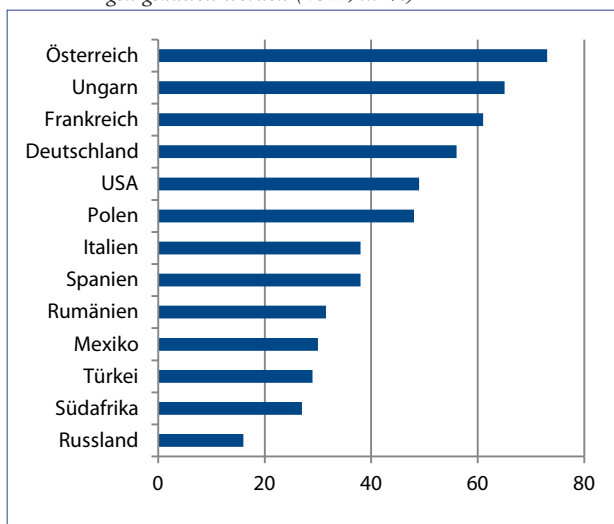
Eine Spielregeländerung verläuft auf einem Markt nicht friktionslos und es gibt Verbesserungspotenzial bei der Liquiditäts- bzw. Geldmarktsteuerung. So ist der Transmissionsmechanismus von Geldmarktsätzen zu Kreditzinsen im realen Sektor bei hohen Zinsmargen besonders im Bereich der Konsumkredite noch schwach ausgeprägt. Am Geldmarkt sorgt das Finanzministerium unter anderem durch eine ungleichmäßige saisonale Verteilung der Ausgaben zeitweise für eine zusätzliche Verknappung von Liquidität. Hier ist eine bessere Kommunikation und Koordination zwischen Zentralbank und Finanzministerium gefordert, und es sollte darauf hingearbeitet werden, die »geldpolitische Rolle« des Finanzministeriums langfristig zurückzuführen.

### Fortschritte im Makromanagement: Fiskalpolitik und Anleihemarktöffnung

Letztendlich machen erst ein flexibler Wechselkurs, Inflationssenkung und klarer fiskalpolitischer Rahmen die zum Jahresbeginn 2013 gestartete breit angelegte Öffnung des lokalen Staatsanleihenmarktes für Auslandsinvestoren möglich, und eine Verbesserung von dessen Infrastruktur (in Bezug auf Marktzugang, Liquidität und operationelle Sicherheit für ausländische Investoren). Auch über eine Verbesserung der Marktinfrastruktur am Staatsanleihemarkt in Russland wurde über Jahre debattiert, passiert ist aber eigentlich erst in den letzten zwei Jahren etwas. Einerseits erhält der russische Staat nun erleichterten Zugang zu langfristigen Ersparnissen (von denen es in Russland zu wenig gibt), andererseits akzeptiert er eine kontinuierliche Bewertung seiner wirtschaftlichen Verfassung und Wirtschaftspolitik durch ausländische Investoren. Derzeit werden 5–8% der russischen Staatsanleihen von Auslandsinvestoren gehalten. Nun könnte sich diese Relation auf 20–30% erhöhen. Im aktuellen globalen Niedrigzinsumfeld sind die Renditen langfristiger russischer Staatspapiere von rund 7% für Auslandsinvestoren attraktiv; solange eben der Außenwert des Rubels nicht markant an Wert verliert und die Inflation nicht signifikant ansteigt.

Ferner ist der Zugang zu staatlichen Fremdkapitalinstrumenten in Lokalwährung idealtypisch ein vorberei-

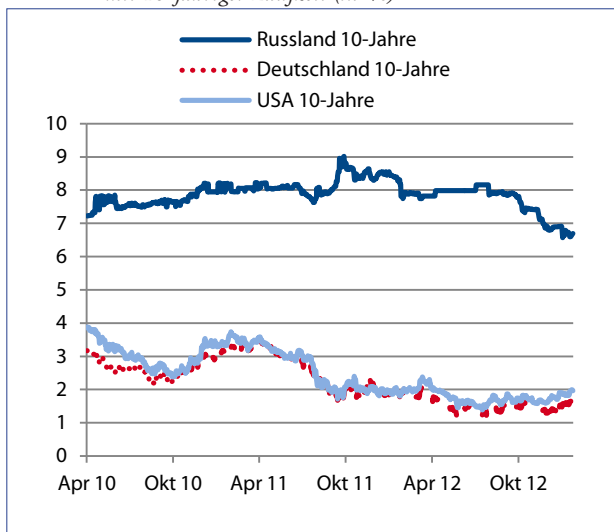
Grafik 5: Anteil von Staatspapieren, die von Nicht-Gebietsansässigen gehalten werden (2011, in %)



Quelle: IWF, Raiffeisen RESEARCH

tender Schritt zur Förderung der Attraktivität der lokalen Unternehmensfinanzierungsmärkte für Ausländer, also des lokalen Fremd- und Eigenkapital- bzw. Aktienmarktes. Angesichts seiner Modernisierungsziele sowie des Reformbedarfs im privaten Sektor braucht Russland ausländische (Eigenkapital-)Investitionen. Insofern ist auch zu betonen, dass die Bereitschaft zur Öffnung des Finanzmarktes in Russland nicht nur mit der Verbesserung im Makromanagement einherging. Motiviert ist dieser Schritt auch durch das in den letzten Jahren zu beobachtende deutliche Rückfallen Russlands hinter andere wichtige regionale Finanzplätze wie Warschau oder Istanbul.

Grafik 6: Anleihenrendite von Staatsanleihen in lokaler Währung mit 10-jähriger Laufzeit (in %)



Quelle: Bloomberg

## Kritische Würdigung

Bei Reformen, die die Bürokratie in der breiten Fläche benötigen und/oder politökonomisch heiklere Agenden tangieren, gibt es bis dato wenig Fortschritte. Bei Reformen des »Makromanagement«, die vor allem von zentralstaatlichen Institutionen vorangetrieben wurden (flexibler Wechselkurs, Inflationssenkung, effektivere Geldpolitik, risikobewusstere Finanzsektorregulierung, Kapitalmarktöffnung) wurden jedoch wichtige Reformschritte erzielt, die in ihrer Sequenz fast wie aus einer »Blaupause« der wirtschaftspolitischen Beratung anmuten; sie finden aber in der westlichen Öffentlichkeit – im Gegensatz zur lokalen Debatte – wenig Beachtung. Noch ist nicht abzusehen, ob sich aus den verschiedenen Reform- oder Modernisierungsgeschwindigkeiten mittelfristig ökonomische und/oder politische Spannungen ergeben, denn die vorherrschende Ambivalenz zwischen wirtschaftspolitischer Stagnation (oder maximal einem außenwirksamen »Reformtuning«) und wirklichem Fortschritt hat wichtige Implikationen.

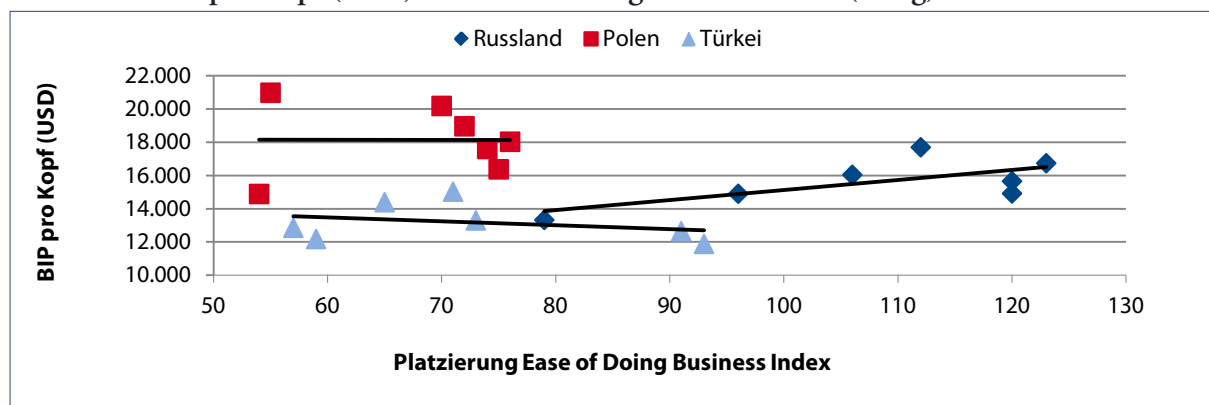
Einigen Maßnahmen, etwa der Kapitalmarktöffnung oder der Wechselkursflexibilisierung, wohnt eine gewisse Irreversibilität inne. Diese fördern die Entwicklung des lokalen Anleihen- und Finanzmarktes, während die jüngsten geplanten Pensionssystemänderungen oder auch der hohe und zunehmende Staatseinfluss

sie eher bremsen. Auch bei Agenden, die die WTO-Mitgliedschaft mit sich bringt und die das Entstehen von nicht-oligarchischen Wirtschaftsstrukturen fördern (Akzeptanz von Wettbewerb, Herstellung eines einheitlichen Spielfeldes für staatliche und nicht-staatliche sowie ausländische Wirtschaftsakteure), besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf. Auf lange Frist wird Russland – wie so oft in seiner (Wirtschafts-)Geschichte – mit einer so genannten »Teilmodernisierung« allein seine aktuellen wirtschaftlichen und politischen Ziele nicht erreichen. Langfristig sind auch Reformen in bisher nicht angegangenen Bereichen angezeigt. Vor allem der zunehmende Staatseinfluss in der Wirtschaft scheint langfristig und angesichts der aktuellen institutionellen Rahmenbedingungen für eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung hinderlich. Es bleibt abzuwarten, ob das aktuelle politische System die Kraft und Legitimation besitzt, tiefe Strukturreformen anzugehen. Wirtschaftspolitische Strategien, die nur auf Vorzeige- oder so genannte »Leuchtturmprojekte« setzen, oder Reformen, die nur darauf abzielen, sich in Rankings – wie dem Ease of Doing Business Index – durch »Reformtuning« zu verbessern, werden nicht ausreichen, um in den nächsten 5–10 Jahren ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum von über 3–4%, zu erreichen.

### Über die Autoren

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), einer der größten in Russland tätigen Auslandsbanken, mit Sitz in Wien. Andreas Schwabe analysiert bei der RBI Russland und die GUS-Region. Der vorliegende Beitrag gibt die Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die Ansicht der Raiffeisen Bank International wieder.

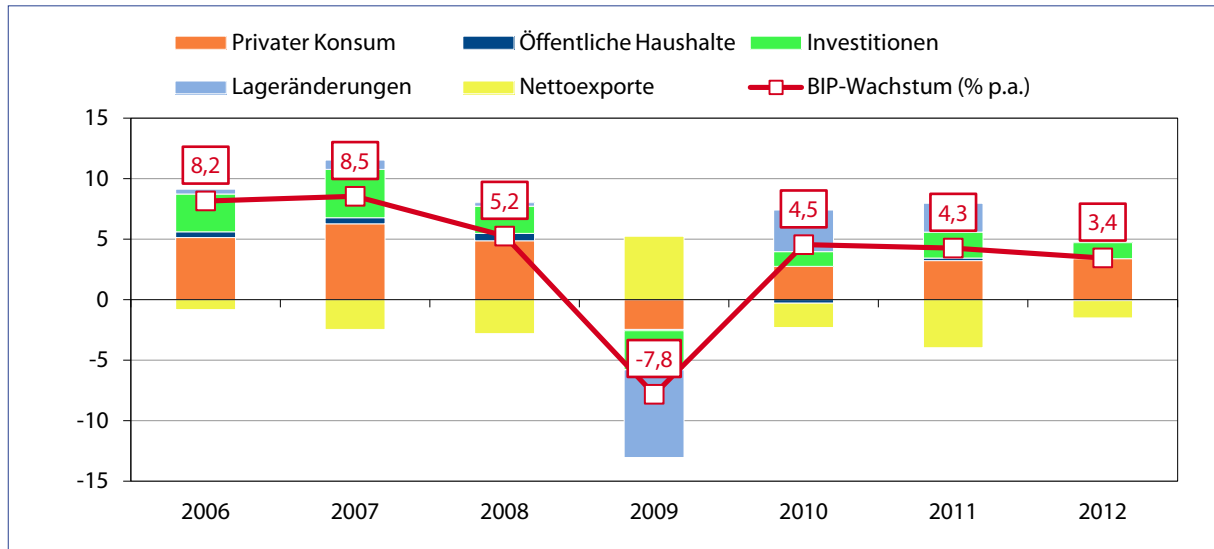
Grafik 7: BIP pro Kopf (USD) vs. Ease of Doing Business Index (Rang) von 2006–2012



Anmerkung: Länderzahl im Ease of Doing Business Index hat sich von 155 (2006) auf 185 (2012) ausgeweitet  
Quelle: Weltbank, Raiffeisen RESEARCH

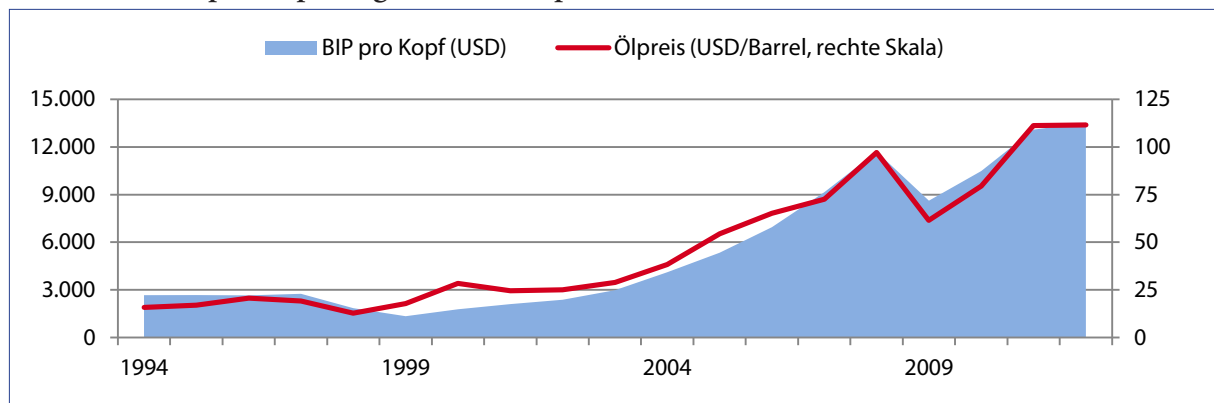


**Grafik 8: Wachstumsbeiträge zum BIP vom Konsum dominiert**



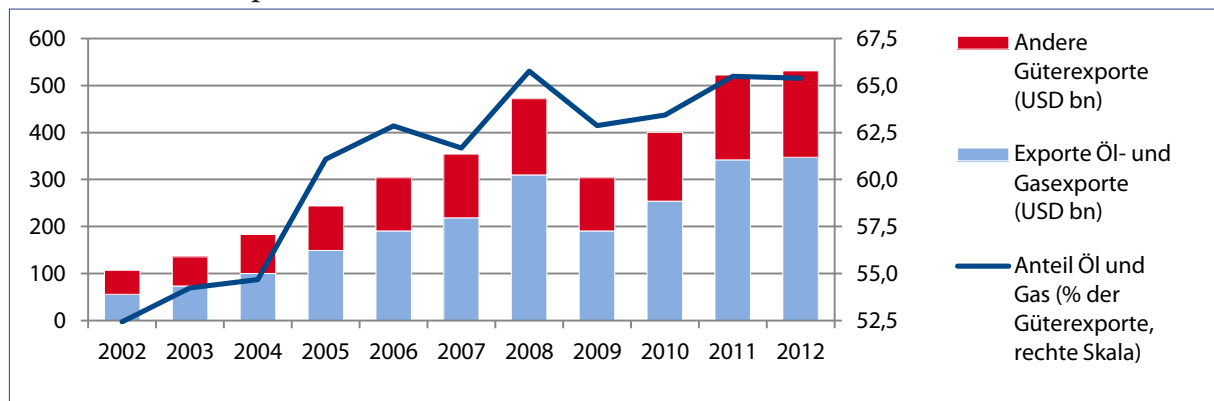
Quelle: Rosstat, Raiffeisen RESEARCH

**Grafik 9: BIP pro Kopf steigt mit dem Ölpreis**



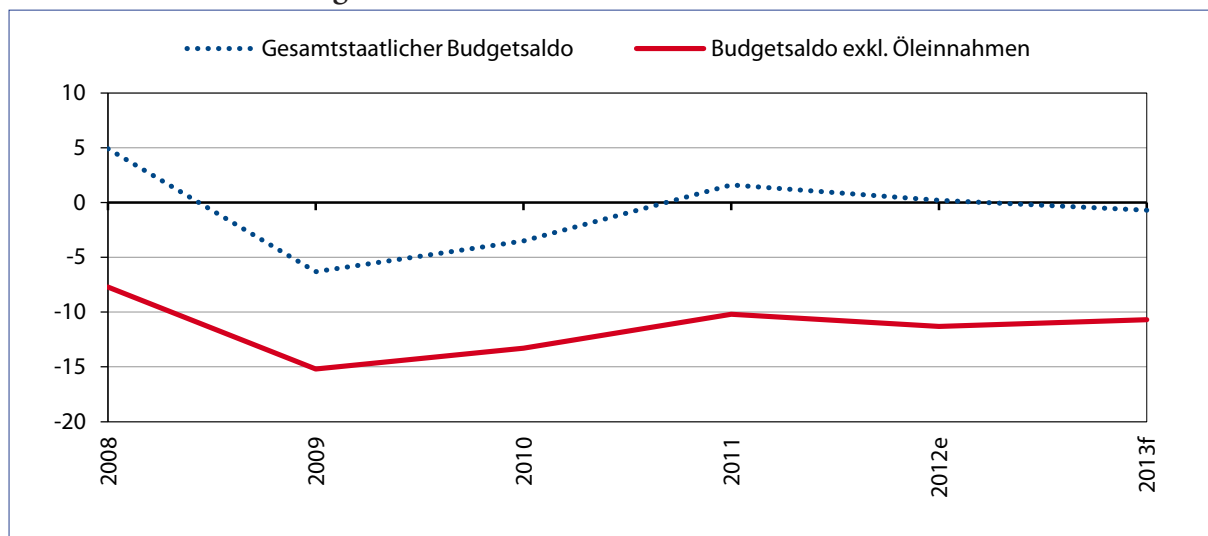
Quelle: Thomson Reuters, Raiffeisen RESEARCH

**Grafik 10: Güterexporte weiterhin von Öl- und Gas dominiert**



Quelle: Russische Zentralbank

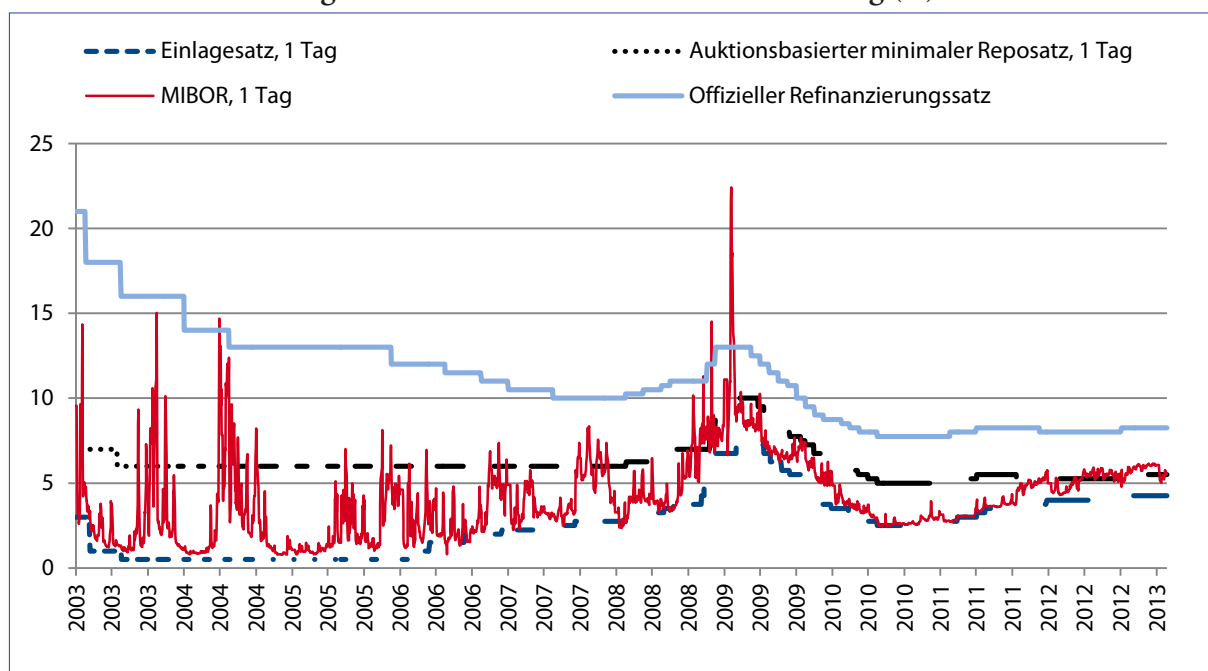
**Grafik 11: Konsolidierungsbedarf beim Haushalssaldo exklusive Öleinnahmen**



e: Schätzung; f: Prognose

Quelle: IWF

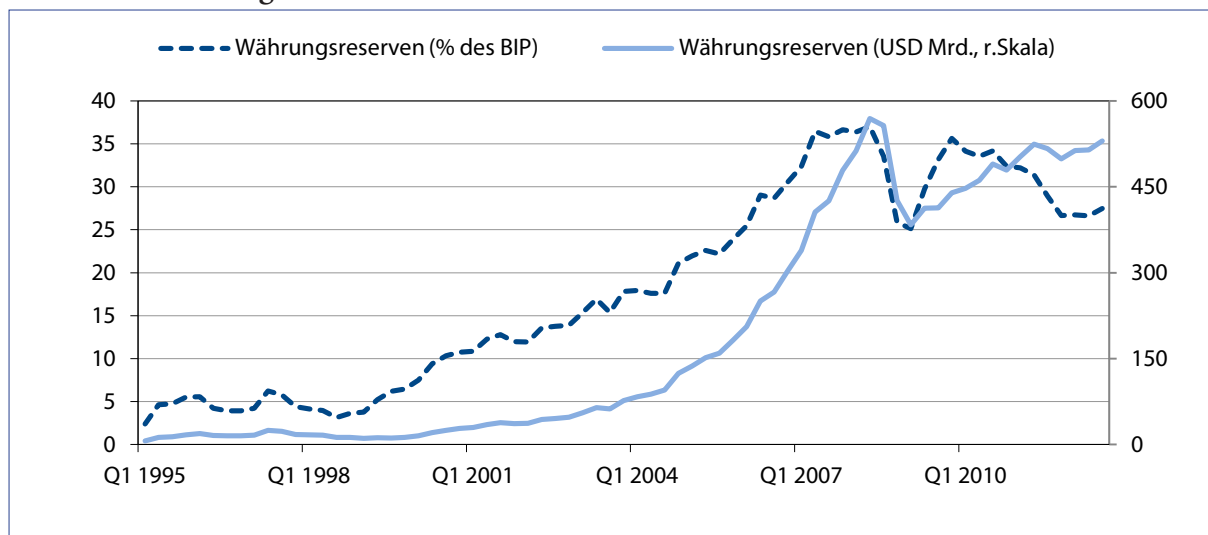
**Grafik 12: Zinskorridor gewinnt nach der Finanzkrise an Bedeutung (%)**



MIBOR: Moscow Inter-Bank Offer Rate; ein von der Zentralbank erhobener indikativer Geldmarktsatz (ähnlich LIBOR), zu dem sich Geschäftsbanken untereinander Rubel leihen.

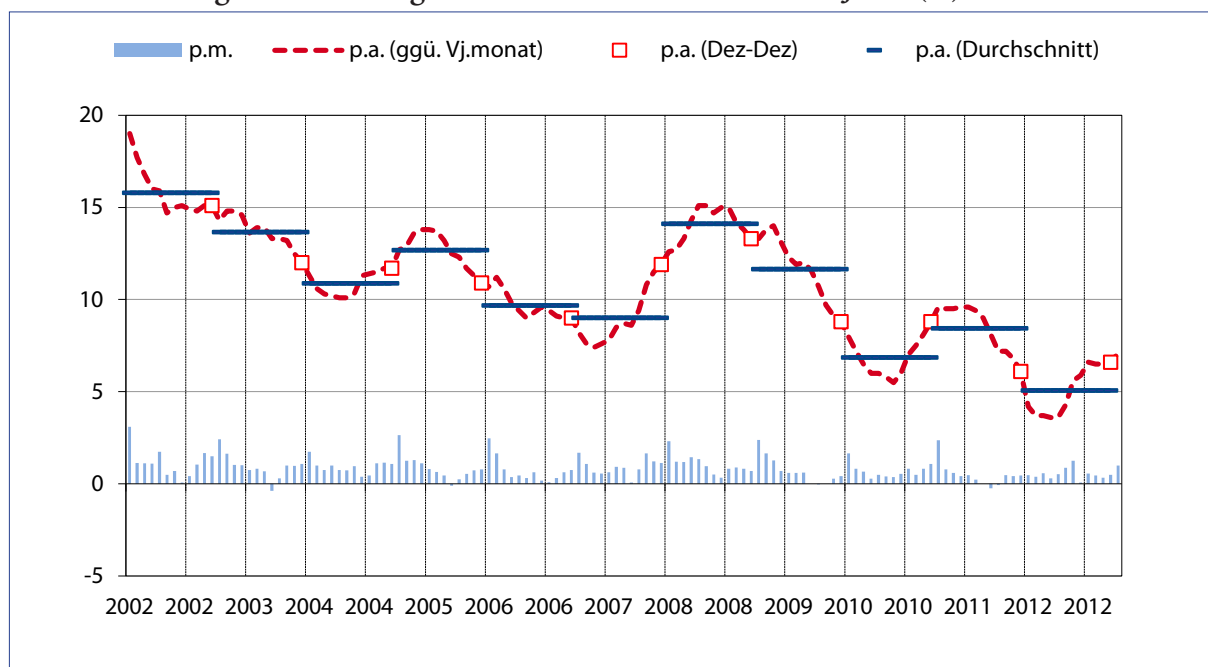
Quelle: Thomson Reuters

**Grafik 13: Währungsreserven nach Krise wieder auf hohem Niveau**



Quelle: Thomson Reuters

**Grafik 14: Erfolgreiche Senkung der Inflation über die letzten 10 Jahre (%)**



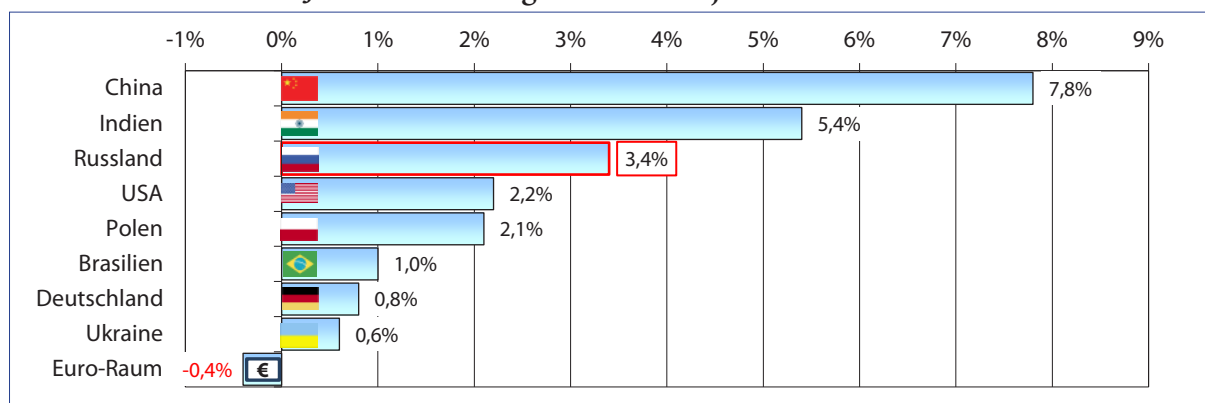
p.m.: per mensem, p.a.: per annum

Quelle: Thomson Reuters

## Aktuelle Wirtschaftsdaten

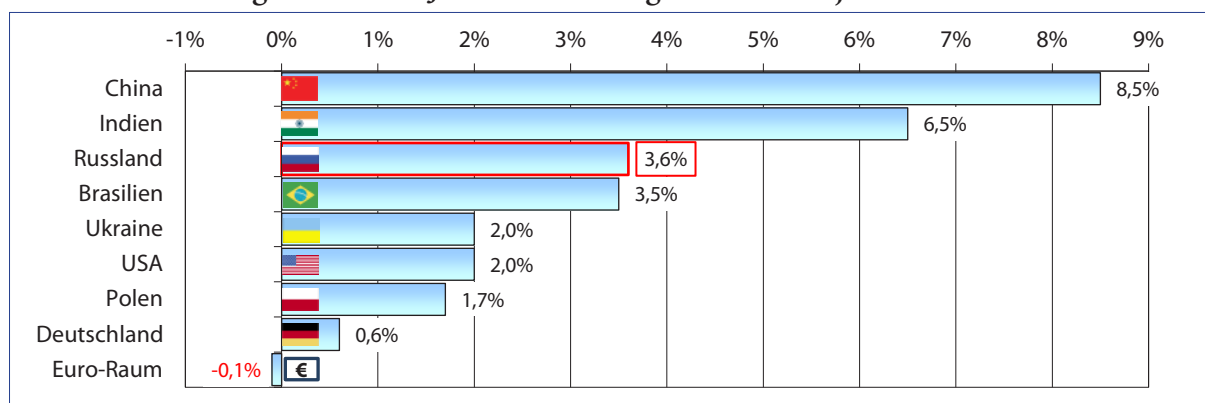
Update der Daten aus den Russland-Analysen 247

Grafik 15: BIP für das Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr



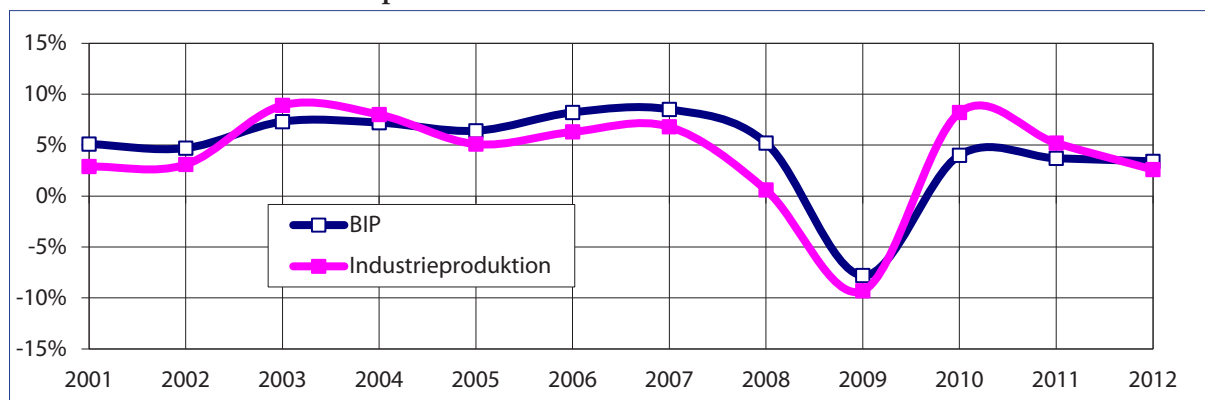
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 16: BIP-Prognose für das Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr



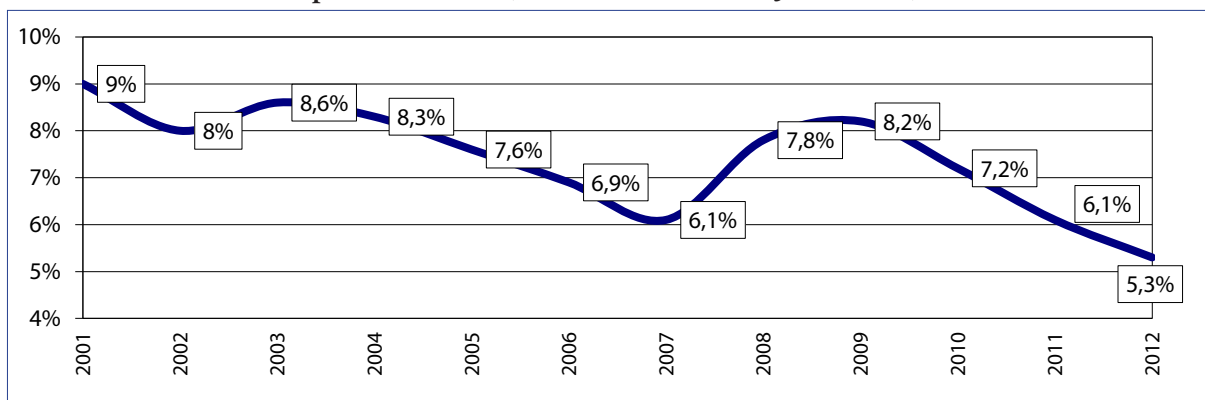
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 17: BIP und Industrieproduktion seit 2001



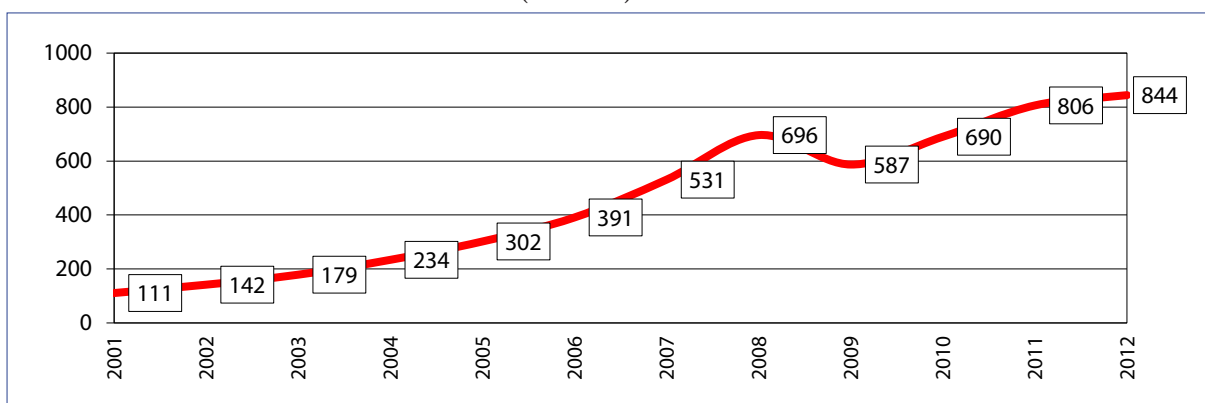
Quelle: *BOFIT Russia Statistics*, [http://www.suomenpankki.fi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx](http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx)

**Grafik 18: Arbeitslosenquote seit 2001 (ILO-Standard, zum Jahresende)**



Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, [http://www.suomenpankki.fi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx](http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx)

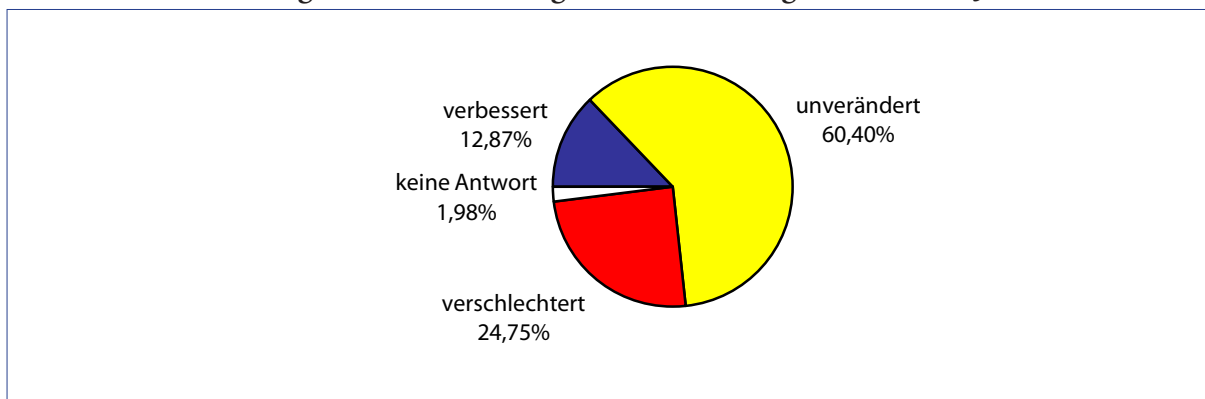
**Grafik 19: Durchschnittslohn seit 2001 (in USD)**



Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, [http://www.suomenpankki.fi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx](http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx)

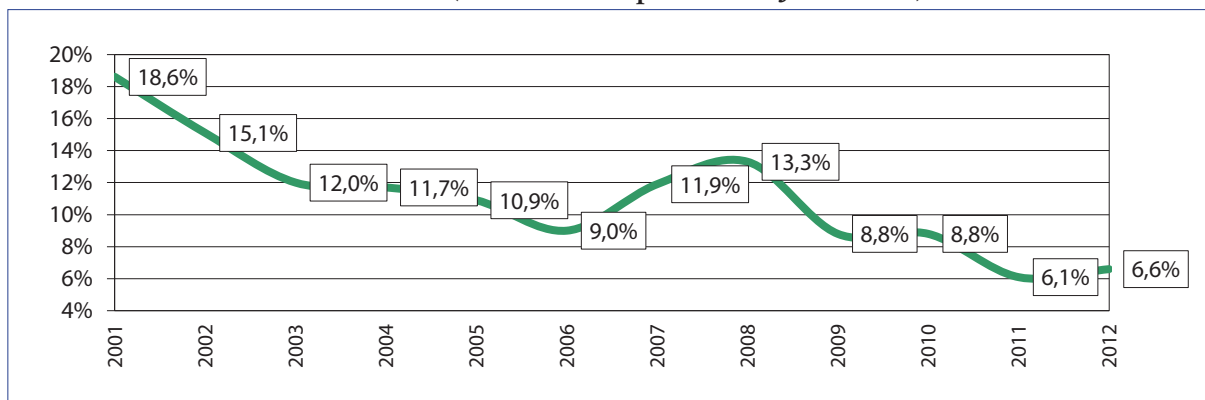
Anmerkung: Für 2012 ist der Wert vom Oktober angegeben.

**Grafik 20: Veränderung der materiellen Lage der Bevölkerung im Laufe des Jahres 2012**



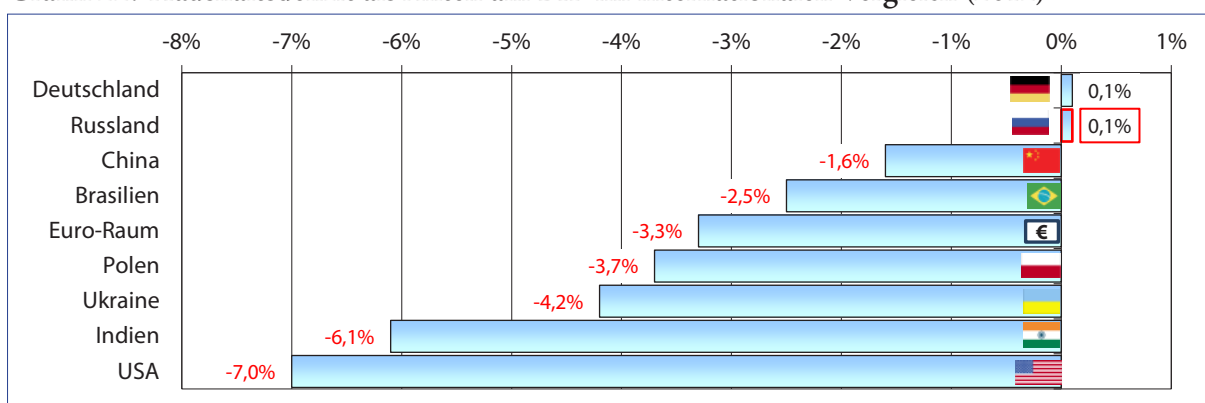
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des FOM vom 23.12.2012, <http://fin.fom.ru/Finansy/10756>

**Grafik 21: Inflationsrate seit 2001 (Konsumentenpreise zum Jahresende)**



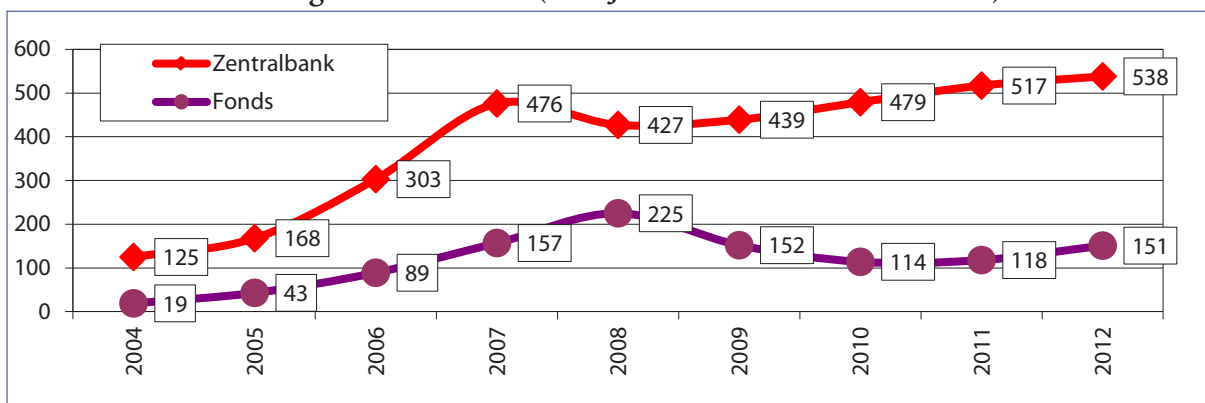
Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, [http://www.suomenpankki.fi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx](http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx)

**Grafik 22: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP im internationalen Vergleich (2012)**



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

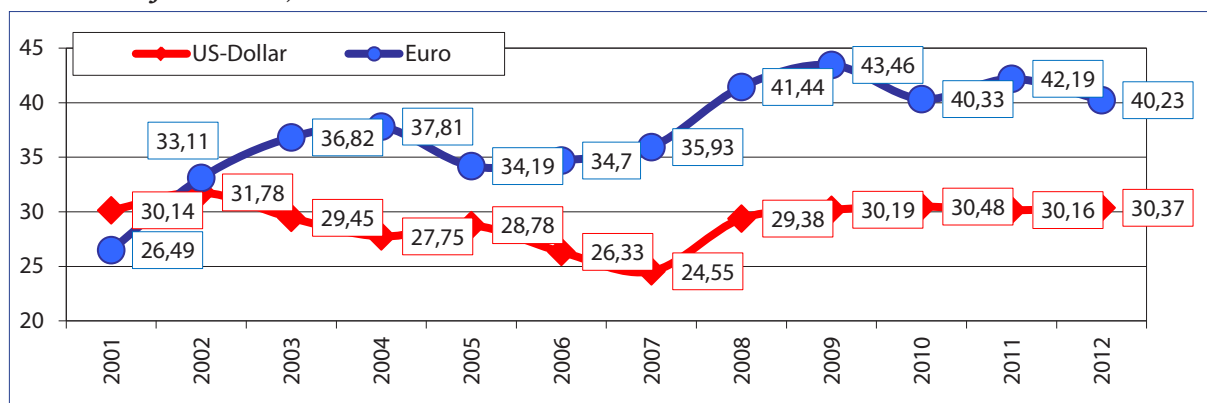
**Grafik 23: Devisenreserven der russischen Zentralbank und Vermögen des staatlichen Stabilisierungsfonds seit 2004 (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)**



Quelle: BOFIT Russia Statistics, [http://www.bofi.fi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/](http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/)

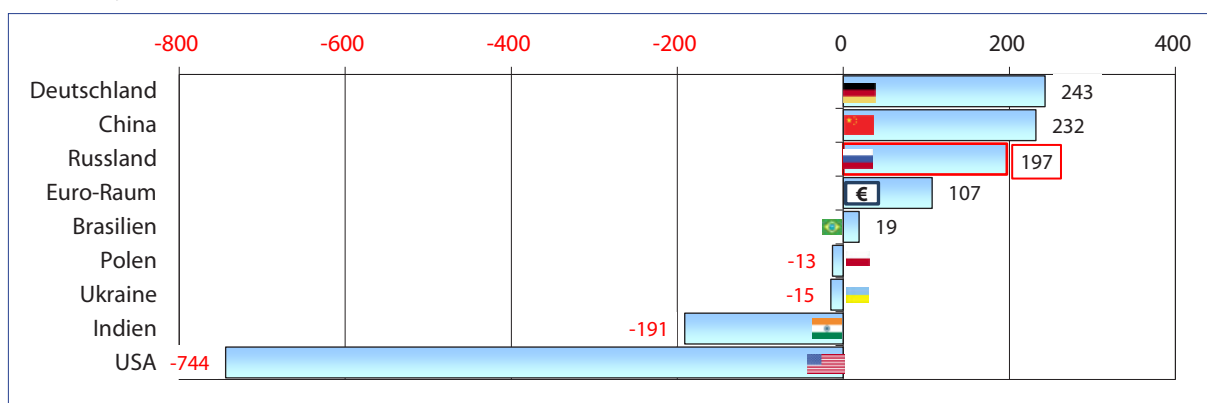
Anmerkung: Fonds: 2004 bis 2008 Stabilisierungsfond, seit 2008 Reservefonds und Wohlfahrtsfonds.

**Grafik 24: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro seit 2001 (jeweils zum Jahresende)**



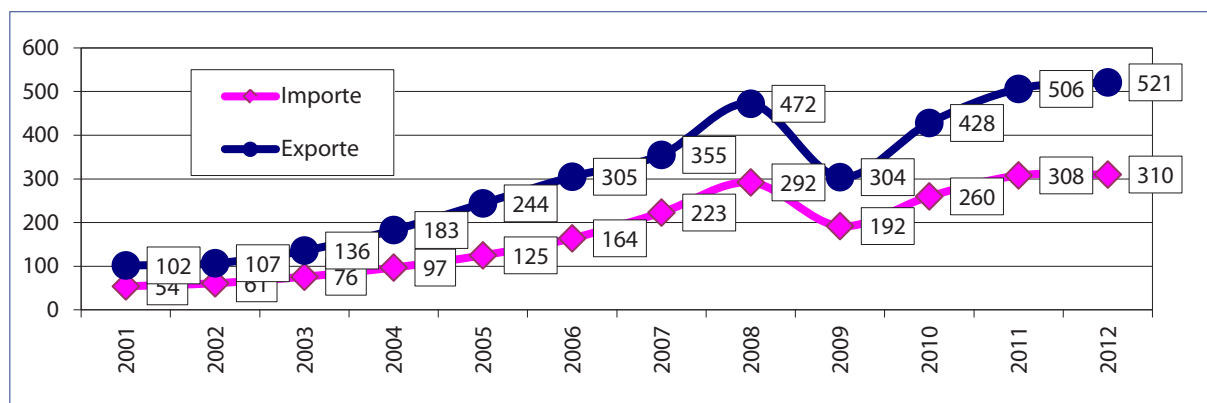
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, [http://www.bofi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/](http://www.bofi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/)

**Grafik 25: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar**



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

**Grafik 26: Russische Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar**



Quelle: BOFIT Russia Statistics, [http://www.bofi/bofit\\_en/seuranta/venajatilastot/](http://www.bofi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/)

Anmerkung: Wert für 2012: Hochrechnung auf Grundlage der Zahlen für den Zeitraum Januar bis November.

## RANKING

## Die fünfzig führenden russischen Politiker des Jahres 2012

Die »Nesawisimaja gaseta« veröffentlicht regelmäßig Rankings russischer Politiker. Aus dem Jahresranking 2012 führen wir hier die ersten fünfzig Positionen auf – nach Aussage der »Nesawisimaja gaseta« die fünfzig führenden Politiker Russlands.

**Tabelle 1: Die fünfzig führenden russischen Politiker des Jahres 2012**

Name	Funktion	Rang	Punktzahl	Anmerkung
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	9,44	
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	7,65	
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für Wirtschaft und Finanzen)	3	6,94	
Wolodin, Wjatscheslaw	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	4	6,67	
Iwanow, Sergej	Leiter der Präsidentialadministration	5	6,54	
Setschin, Igor	Präsident des Mineralölkonzerns Rosneft, bis 2012 Stellvertretender Ministerpräsident	6	6,50	
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister von Moskau	7	6,31	
Surkow, Wladislaw	Stellvertretender Ministerpräsident und Leiter des Regierungsapparats	8	6,04	
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	9	5,99	
Rogosin, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für den Rüstungsbereich)	10	5,88	*
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	11	5,76	*
Lawrow, Sergej	Außenminister	12	5,68	
Dworkowitsch, Arkadij	Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für den Öl- und Gassektor, und damit Rivale von Igor Setschin)	13	5,60	
Naryschkin, Sergej	Sprecher (Vorsitzender) der Staatsduma	14	5,58	
Bastrykin, Alexander	Chef des Strafverfolgungskomitees	15	5,54	
Siluanow, Anton	Finanzminister	16	5,45	*
Serdjukow, Anatolij	Bis zu seiner Absetzung im November 2012 Verteidigungsminister	17	5,39	
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom	18	5,32	
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	19	5,27	
Peskow, Dmitrij	Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration und Pressesekretär des Präsidenten	20	5,19	
Abramowitsch, Roman	Milliardär, Unternehmer	21	5,13	
Belousow, Andrej	Minister für Wirtschaftsentwicklung	22	5,10	*
Matwienko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates (russisches Oberhaus)	23	5,00	
Ignatew, Sergej	Vorsitzender der Zentralbank	24	4,97	
Deripaska, Oleg	Milliardär, Unternehmer (RusAl, Basowyj element)	25	4,95	
Gromow, Alexej	Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	26	4,89	

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Tabelle 1: Die fünfzig führenden russischen Politiker des Jahres 2012 (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang	Punktzahl	Anmerkung
Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender der Kommunistischen Partei (KPRF), Fraktionsvorsitzender	27	4,76	
Tschemesow, Sergej	Vorstandsvorsitzender des Staatskonzerns Rostechologii	28	4,70	
Timtschenko, Gennadij	Milliardär, Unternehmer (Gunvor, Novatek)	29	4,68	
Alekperow, Wagit	Präsident und Miteigentümer des Mineralölkonzerns Lukoil	30	4,67	
Chloponin, Alexander	Präsidialbeauftragter für den Föderalbezirk Nordkaukasus, Stellvertretender Ministerpräsident	31	4,66	
Schojgu Sergej	Katastrophenschutzminister, ab April 2012 Gouverneur des Gebiets Moskau, ab November 2012 Verteidigungsminister	32	4,64	
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt	33	4,62	
Artemjew, Igor	Vorsitzender der Föderalen Antimonopolbehörde	34	4,59	
Ernst, Konstantin	Generaldirektors des Fernsehsenders »Erster Kanal«	35	4,58	
Jakunin, Wladimir	Vorstandsvorsitzender der Russischen Eisenbahnen	36	4,53	
Kostin, Andrej	Präsident der Außenhandelsbank VTB	37	4,51	
Dobrodejew, Oleg	Generaldirektor der Allrussischen Staatlichen Teleradiogesellschaft	38	4,48	
Morosow, Oleg	Leiter der Abteilung Innenpolitik in der Präsidialadministration	39	4,44	*
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des nationalen Sicherheitsrates	40	4,40	
Newerow, Sergej	Stellvertretender Vorsitzender der Duma	41	4,36	
Skworzowa, Veronika	Gesundheitsministerin	42	4,34	*
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für die Olympiade 2014 in Sotschi)	43	4,32	
Abysow, Michail	Minister für die »Offene Regierung«	44	4,30	*
Gref, German	Präsident der Sberbank	45	4,28	
Usmanow, Alischer	Milliardär, Unternehmer (Metalloinvest)	46	4,19	
Shirinowskij, Wladimir	Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei	47	4,16	
Kowaltschuk, Michail	Physiker, Präsident des Kurtschatov-Institutes	48	4,15	
Medinskij, Wladimir	Kulturminister	49	4,14	*
Golikowa, Tatjana	Gesundheitsministerin, ab Mai 2012 Gehilfin des Präsidenten für soziale und Gesundheitsfragen	50	4,11	

\* - 2012 erstmals im Rating

Quelle: Orlow, D.: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2012 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 14.01.2013 <http://www.ng.ru/ideas/2013-01-14/9top100.html>

## UMFRAGE

## Politische Stimmungen in Russland

Tabelle 2: Was gefällt Ihnen an Wladimir Putin?

	Dez. 1999	März 2004	Okt. 2007	Jan. 2012	Jan. 2013
Erfahrener Politiker	9 %	18 %	34 %	30 %	30 %
Energischer, willensstarker Mensch	41 %	37 %	37 %	24 %	28 %
Dieser Mensch garantiert Stabilität im Land	16 %	19 %	23 %	11 %	16 %
Echter Anführer	17 %	14 %	22 %	11 %	14 %
Äußerlich sympathisch	5 %	12 %	13 %	9 %	12 %
Verteidigt staatliche Interessen	-	-	-	13 %	11 %
Politiker mit Weitblick	8 %	10 %	15 %	12 %	10 %
Unterstütze seine Außenpolitik	-	-	-	10 %	8 %
Prinzipientreuer Mensch	8 %	8 %	7 %	10 %	7 %
Kompromissfähig	8 %	8 %	11 %	4 %	6 %
Er wird von den Menschen geachtet	11 %	14 %	17 %	7 %	6 %
Er ist ein ehrlicher und selbstloser Mensch	9 %	12 %	14 %	7 %	4 %
Versteht die Bedürfnisse der einfachen Leute	9 %	7 %	8 %	5 %	4 %
Unterstütze seine Politik im Nordkaukasus	21 %	2 %	3 %	3 %	3 %
Dieser Mensch kann Ordnung schaffen	28 %	19 %	18 %	-	-
Etwas anderes	1 %	2 %	1 %	1 %	2 %
Keine Antwort / nichts	20 %	15 %	9 %	23 %	26 %

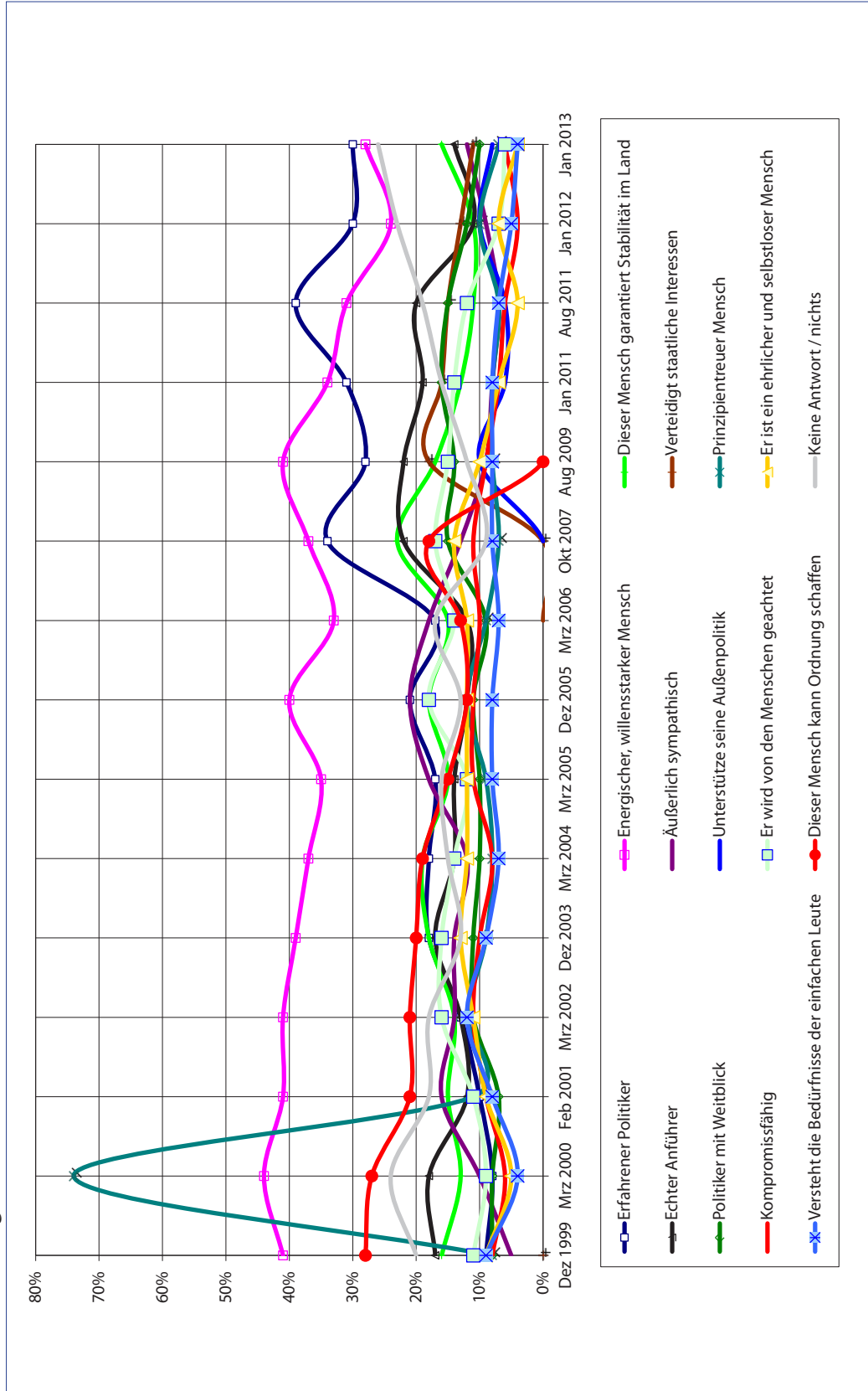
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Januar 2013, N = 1600, veröffentlicht am 1. Februar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/01-02-2013/rossiyane-o-svoem-otnoshenii-k-vladimiru-putinu>.

Tabelle 3: Was gefällt Ihnen nicht an Wladimir Putin?

	Nov. 1999	Dez. 2004	Okt. 2007	Jan. 2012	Jan. 2013
Mit dem Großkapital verbunden	-	-	-	18 %	17 %
Mit korruptierten Politikern verbunden	2 %	6 %	4 %	16 %	16 %
Sieht nur auf die eigene Popularität	5 %	7 %	4 %	12 %	12 %
Den Aufgaben nicht gewachsen	3 %	8 %	3 %	9 %	12 %
Die Interessen des Volkes sind ihm fremd	3 %	7 %	6 %	13 %	10 %
Er hat keine klare politische Agenda	5 %	11 %	4 %	6 %	7 %
Er wird von den Menschen nicht geachtet	2 %	3 %	2 %	9 %	5 %
Er ist ein zu harter Politiker	6 %	2 %	2 %	4 %	4 %
Er hat keine eindeutigen politischen Qualitäten	8 %	6 %	3 %	3 %	4 %
Er ist ein kurzsichtiger Politiker	2 %	5 %	3 %	3 %	4 %
Er kann keine Menschen führen	4 %	4 %	1 %	4 %	3 %
Er ist ein schwacher, unentschlossener Mensch	1 %	6 %	2 %	2 %	3 %
Er ist nicht kompromissfähig	3 %	2 %	2 %	2 %	3 %
Ein äußerlich unsympathischer Mensch	5 %	2 %	1 %	2 %	2 %
Ein prinzipienloser Mensch	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %
Er ist mit Jelzin und dessen Umgebung verbunden	16 %	20 %	12 %	-	-
Er stützt sich nur auf Generäle und Geheimdienste	-	10 %	6 %	-	-
Anderes	4 %	4 %	6 %	3 %	6 %
Keine Antwort / nichts	53 %	35 %	62 %	39 %	41 %

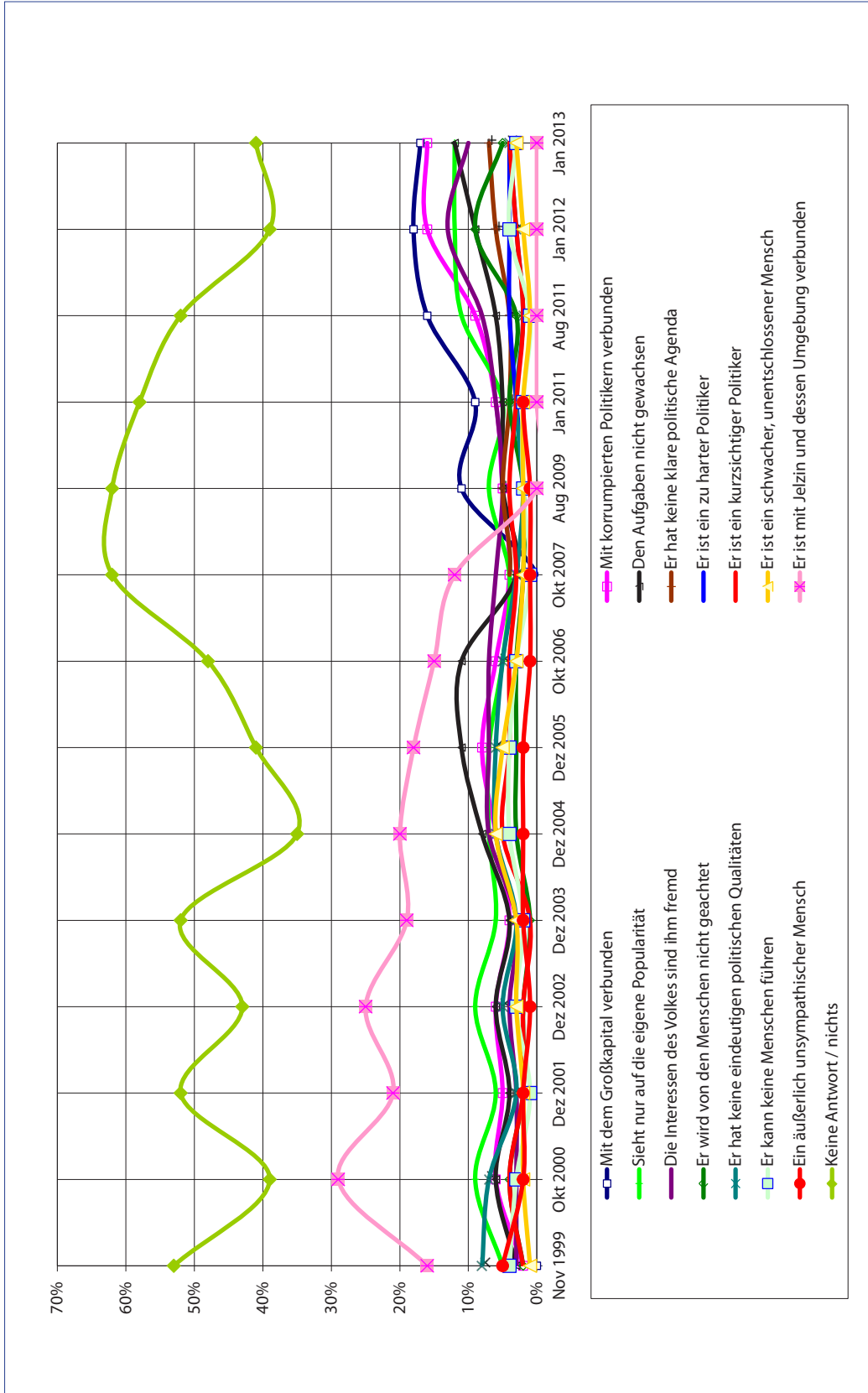
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Januar 2013, N = 1600, veröffentlicht am 1. Februar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/01-02-2013/rossiyane-o-svoem-otnoshenii-k-vladimiru-putinu>.

Grafik 27: Was gefällt Ihnen an Wladimir Putin?



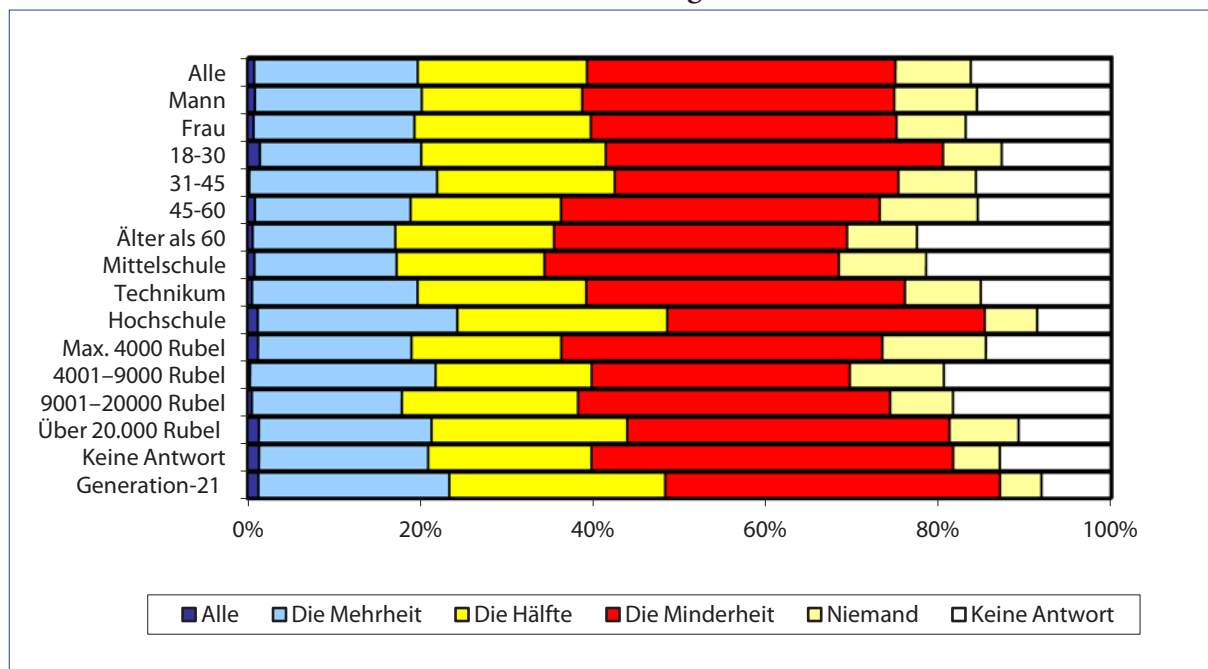
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Januar 2013, N = 1600, veröffentlicht am 1. Februar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/01-02-2013/rossiyane-o-svoem-otnoshenii-k-vladimiru-putinu>.

Grafik 28: Was gefällt Ihnen nicht an Wladimir Putin?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Januar 2013, N = 1600, veröffentlicht am 1. Februar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/01-02-2013/rossiyane-o-svoem-otnoshenii-k-vladimiru-putinu>.

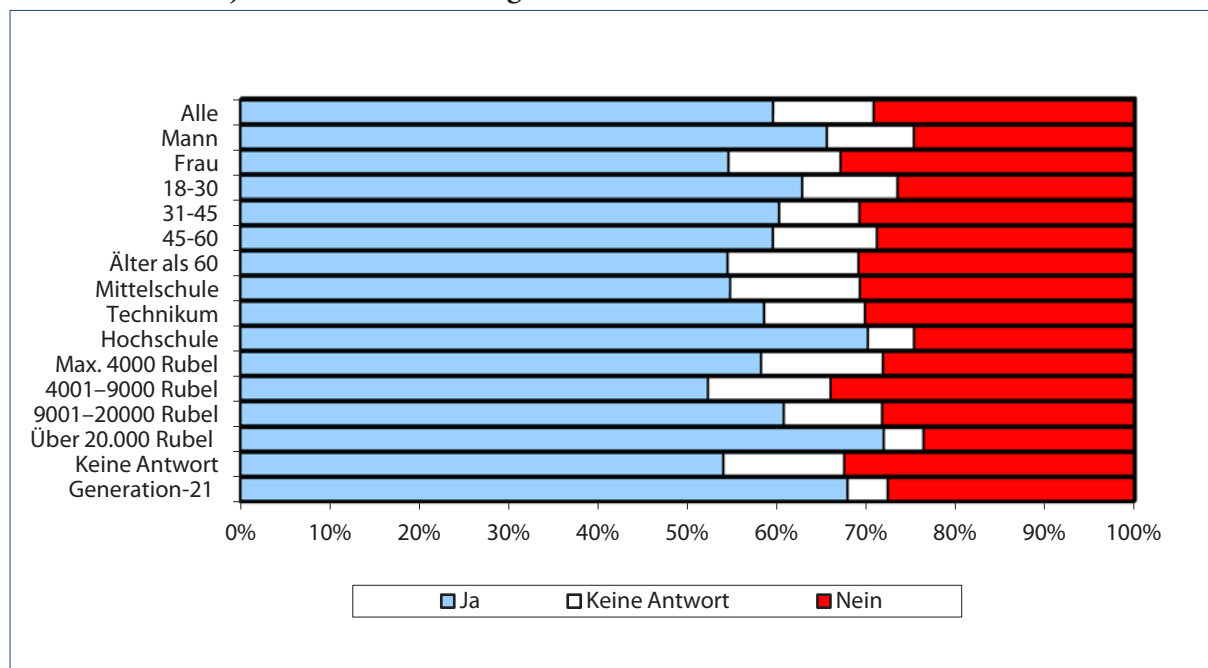
**Grafik 29: Welchen Anteil der russischen Bevölkerung kann man als Patrioten bezeichnen?**



Anmerkung: Generation 21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 15.–16. Dezember 2012, N = 1500, veröffentlicht am 31. Januar 2013 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10799>.

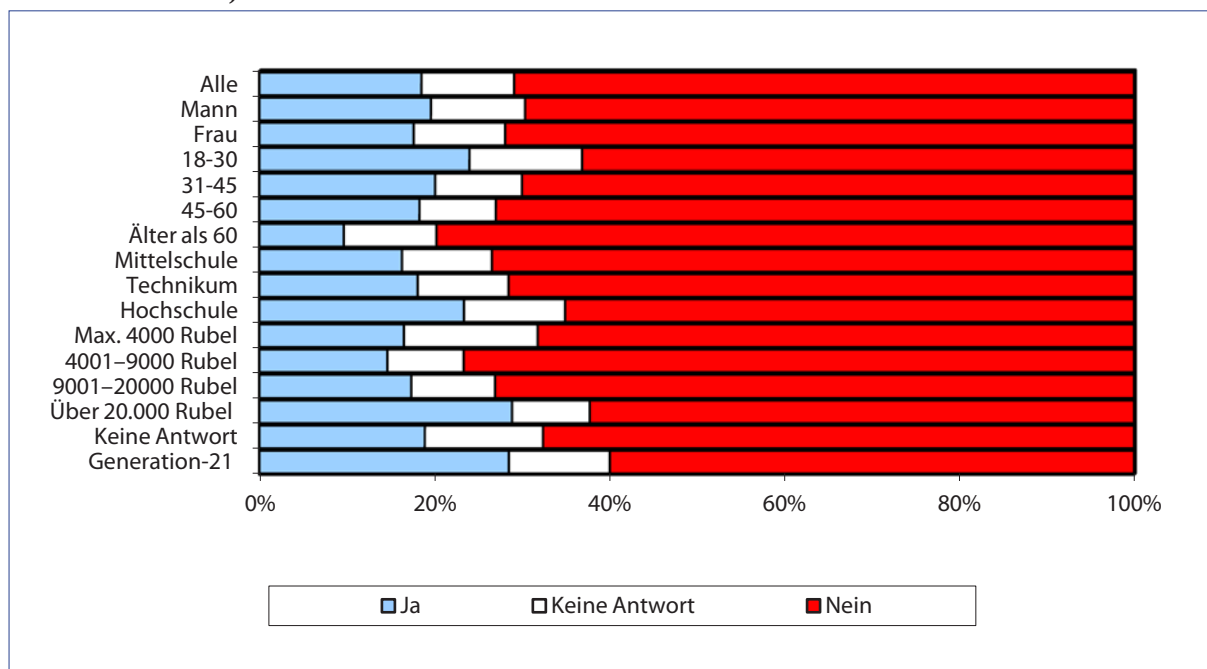
**Grafik 30: Kann jemand Ihrer Meinung nach ein Patriot sein, der die Staatsmacht kritisiert?**



Anmerkung: Generation 21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 15.–16. Dezember 2012, N = 1500, veröffentlicht am 31. Januar 2013 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10799>.

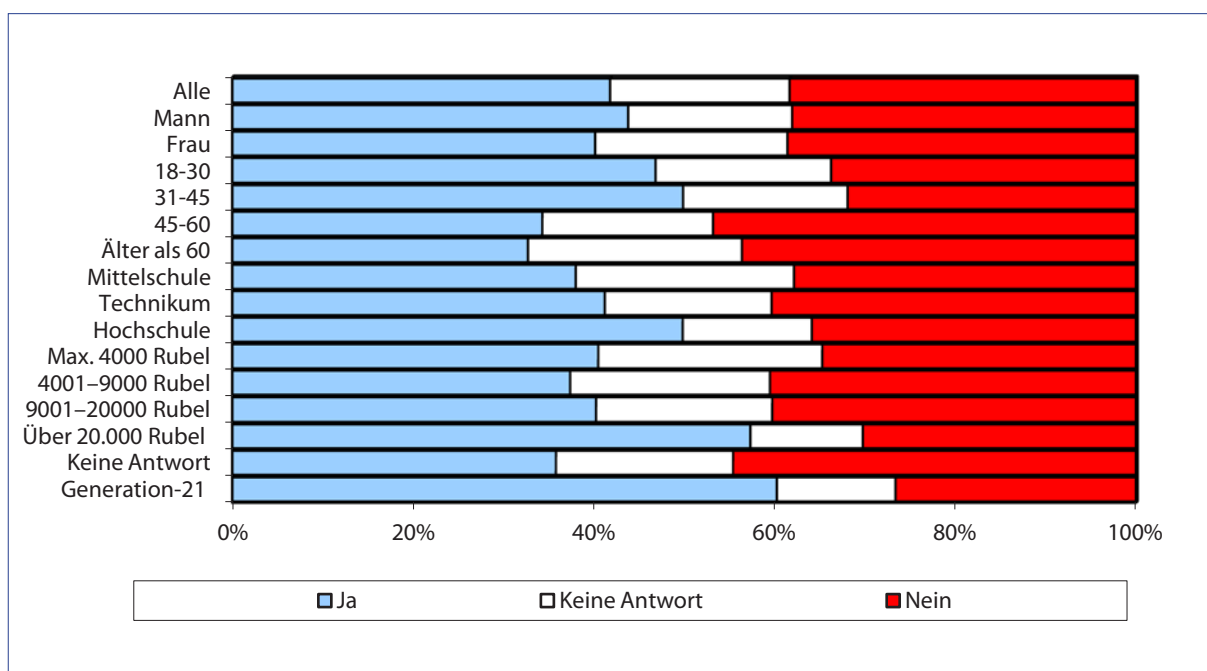
**Grafik 31: Kann jemand ein Patriot sein, der versucht, sich dem Armeedienst zu entziehen?**



Anmerkung: Generation 21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 15.–16. Dezember 2012, N = 1500, veröffentlicht am 31. Januar 2013  
 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10799>.

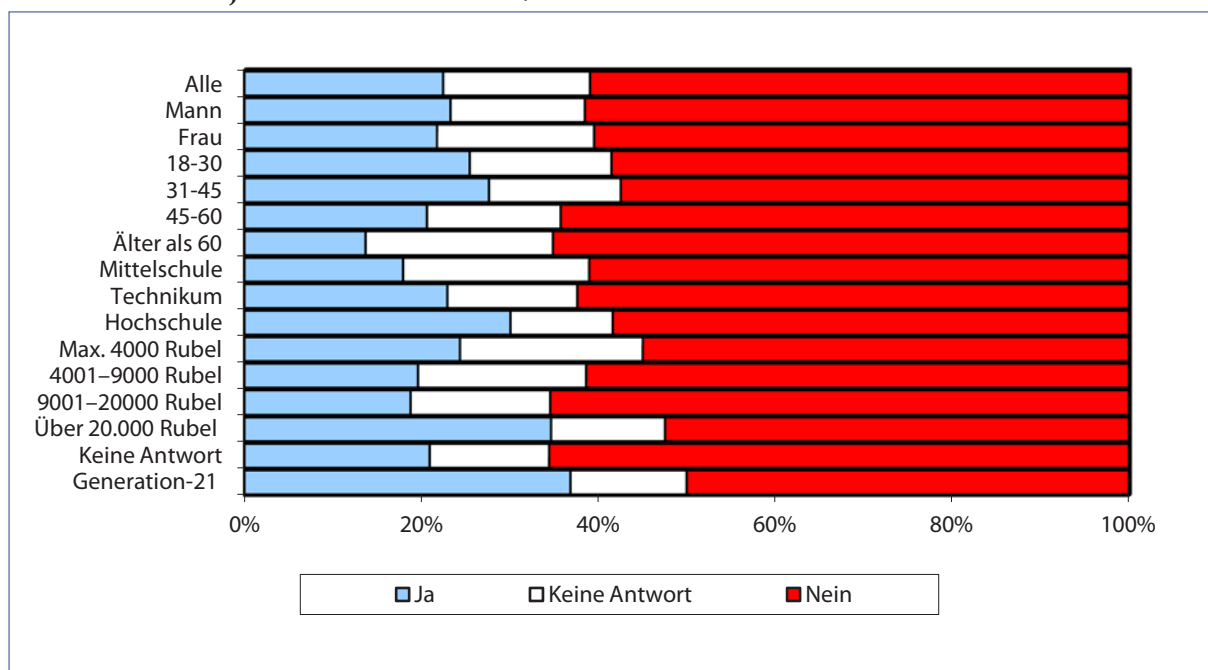
**Grafik 32: Kann jemand ein Patriot sein, der ausländische Literatur und Künste den heimischen vorzieht?**



Anmerkung: Generation 21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 15.–16. Dezember 2012, N = 1500, veröffentlicht am 31. Januar 2013  
 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10799>.

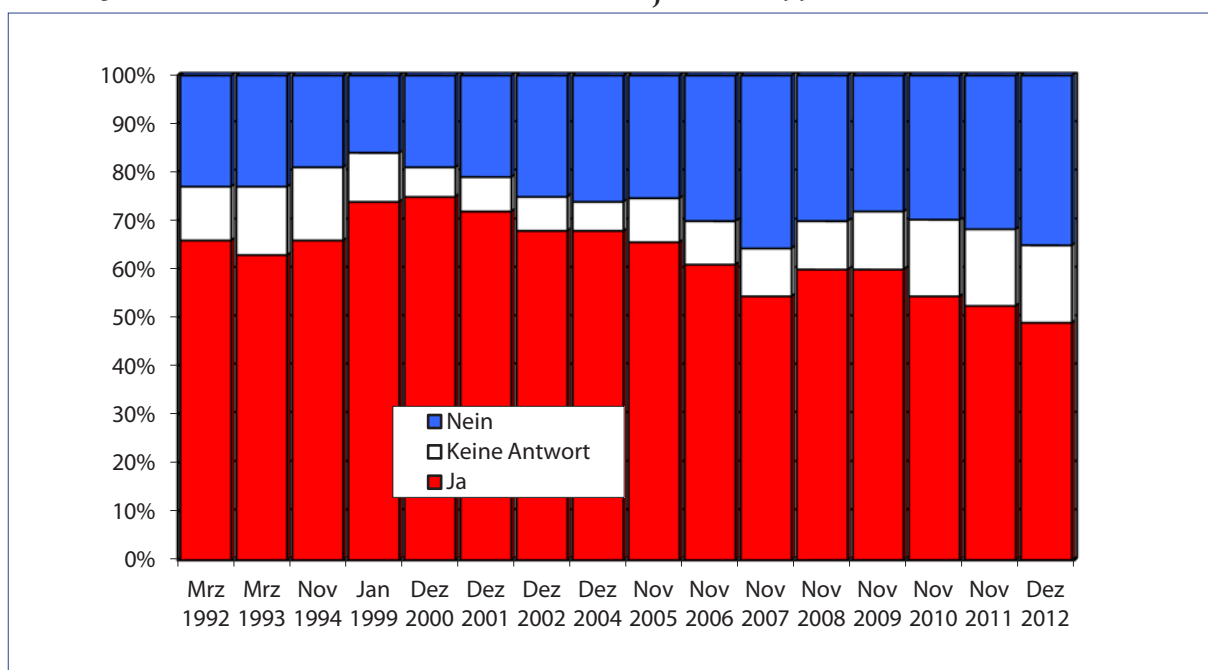
**Grafik 33: Kann jemand ein Patriot sein, der außerhalb seines Landes lebt und arbeitet?**



Anmerkung: Generation 21: Moderne, gebildete, urbane Mittelschicht

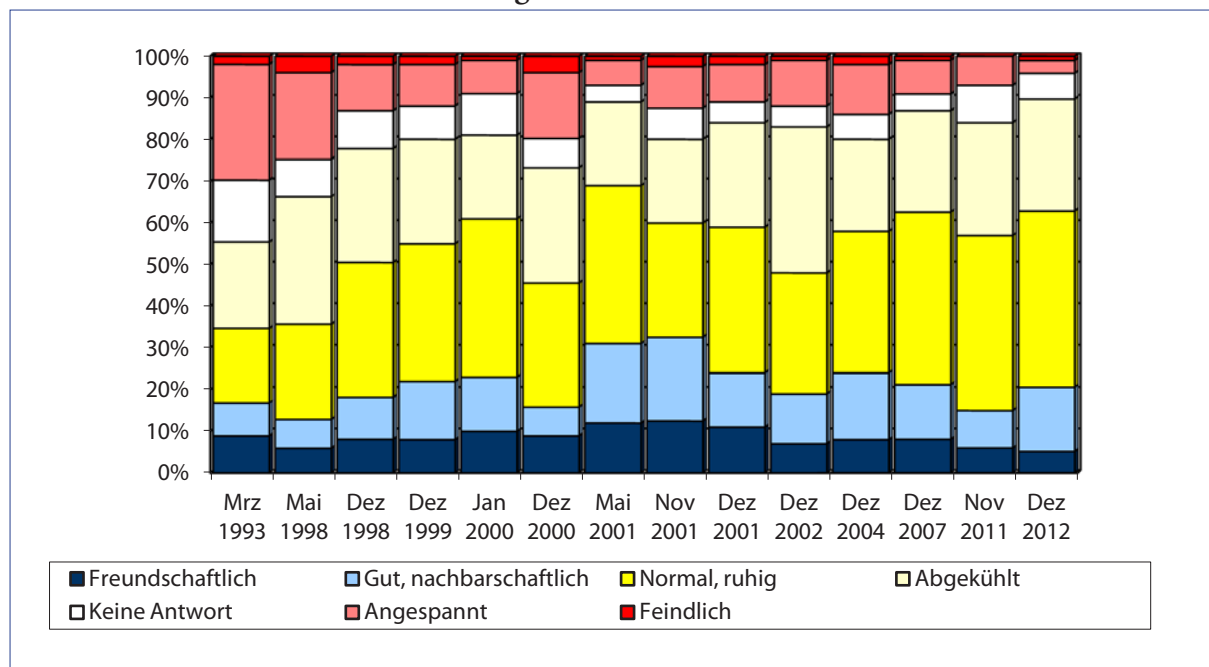
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« vom 15.–16. Dezember 2012, N = 1500, veröffentlicht am 31. Januar 2013 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10799>.

**Grafik 34: Bedauern Sie heute den Zerfall der Sowjetunion 1991?**



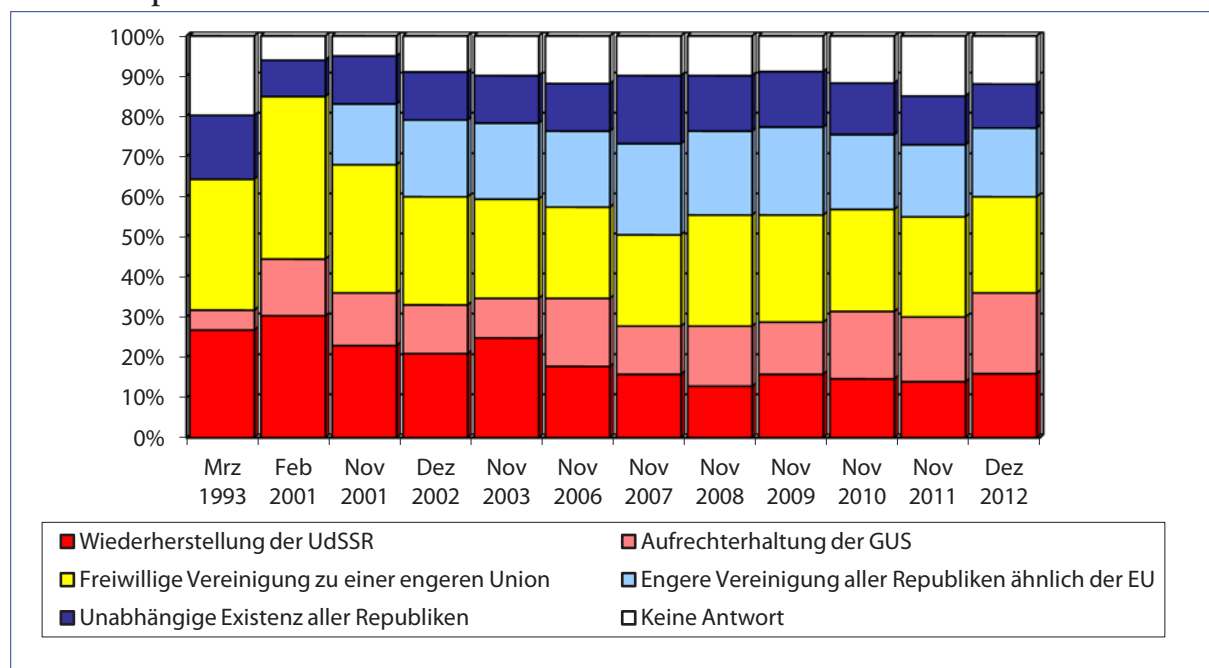
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012, N = 1600, veröffentlicht am 11. Januar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/11-01-2013/rossiyane-o-raspade-sssr>.

**Grafik 35: Wie würden Sie die Beziehungen Russlands zu den anderen GUS-Staaten beschreiben?**



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012, N = 1600, veröffentlicht am 11. Januar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/11-01-2013/rossiyane-o-raspade-sssr>.

**Grafik 36: Welche Art der Beziehungen zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken würden Sie persönlich unterstützen?**



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012, N = 1600, veröffentlicht am 11. Januar 2013 unter <http://www.levada.ru/print/11-01-2013/rossiyane-o-raspade-sssr>.



## »Russlands Traum« ist vorerst ausgeträumt

Jens Siegert, Moskau

Unter der Überschrift »Russlands Traum: Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat« haben Felix Hett und Reinhard Krumm von der Friedrich-Ebert Stiftung in den [Russland-Analysen Nr. 250](#) Ende Januar die Ergebnisse einer durch das Soziologische Institut der Akademie der Wissenschaften durchgeführten Studie vorgestellt. Die Ergebnisse wurden in folgendem Absatz prägnant zusammengefasst:

»83 Prozent der Russen empfinden die Einkommensverteilung in ihrem Land als ungerecht. (...) Demnach hat soziale Gerechtigkeit für die Mehrheit der Befragten höchste Priorität. Ihr Garant kann nach Meinung vieler nur ein starker Staat sein, der die Rechte der Schwachen gegen die Ansprüche der Starken verteidigt. Im persönlichen Leben wünscht die Mehrzahl aller Befragten jedoch keine staatliche Einmischung. Die Qualität einer Demokratie wird weniger an der Achtung politischer als an der Garantie sozialer und rechtsstaatlicher Grundrechte gemessen.«

Soweit, so wenig überraschend. Interessant ist aber die weitgehende Übereinstimmung mit dem immer wieder beschriebenen (wenn auch »ungeschriebenen«) »Gesellschaftsvertrag« der 2000er Jahre zwischen Staat und Bevölkerung. Der Staat (verkörpert durch den Präsidenten Putin) übernahm es, (wieder) stark zu werden und den Menschen einen immer höheren Wohlstand zu sichern. Außerdem mischte er sich nicht in die persönlichen Angelegenheiten der Menschen ein. Ich würde sogar sagen, sie waren ihm schlicht egal. Im Gegenzug verzichteten die Menschen auf Politik jeder Art und stören »die dort oben« nicht dabei, den Reichtum des Landes (zu Zwecken der Bereicherung wie des Machterhalts) unter sich aufzuteilen.

Bis zur (Welt-)Wirtschaftskrise funktionierte das mehr oder weniger, wenn auch nicht statisch, so doch in der Tendenz. Putin ließ vom Öl- und Gassurplus genug nach unten durchsickern, damit es (fast) allen wirtschaftlich immer besser ging. Der Staat wurde in vielen Teilen wieder ausreichend funktionsfähig. In Politik jenseits des Kremls versuchte sich nur eine verschwindend kleine, großstädtische Minderheit. Und ansonsten, also jenseits sozialökonomischer Begrenzungen, konnte tatsächlich (ebenfalls fast) jeder nach seiner Façon selig werden (oder eben nicht). Konnte. Seither bröckelt es kräftig.

Es begann mit dem Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung, das als Folge der Wirtschaftskrise (und des darauf folgenden, aber folgenlosen Modernisierungsdiskurses) immer kleiner wurde. Dem entspricht die Zunahme der tatsächlichen und gefühlten Korrup-

tion. Dann ließ Putin selbstherrscherlich seine Rückkehr in den Kreml verkünden. Diesem Schritt folgten massive Wahlfälschungen und Massenproteste, kurz: eine Rückkehr der Politik. Putin reagierte auf diese Herausforderung (im Wortsinne) mit repressiven Gesetzen, von denen sich viele in die Privatsphäre der Menschen einmischen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die hier vorgeschlagene Reihenfolge nicht als strenge Aufeinanderfolge missverstanden werden sollte. Selbstverständlich überlappten und überlappen sich die Entwicklungen. Einmischungen in die Privatsphäre gab es auch schon früher, ebenso wie Zweifel an der Wirtschaftsentwicklung und Proteste. Nur haben sich all diese Dinge, aufeinander einwirkend, in den vergangenen Jahren und besonders im vergangenen Jahr beschleunigt und verstärkt.

Ich will hier in erster Linie auf die neuen Einmischgesetze eingehen (von denen viele inzwischen in Kraft getreten sind, einige zum jederzeitigen Wiedervorholen in der Parlamentarwärteschleife hängen und andere wohl nie Gesetz werden). Der Putinsche Staat hat sich mit dem NGO-Agentengesetz, dem Dima-Jakowlew-Gesetz, der Anti-Homosexuellen-Gesetzgebung, dem verschärften Spionagegesetz, dem Verbot von Fluchen in der Öffentlichkeit, dem Lehrfach »Grundlagen der orthodoxen Kultur« (oder islamischer, jüdischer, buddhistischer etc.) in den Schulen aus Angst vor dem Machtverlust ideologisiert. Warum machen das Leute, die zuvor immer wieder deutlich gezeigt haben, wie wenig und an wie wenig sie glauben, wie sehr sie den zerfressenden Zynismus der späten Sowjetunion verinnerlicht haben?

Ich habe zwei Erklärungen, von denen eine aus der Russischer Traum-Studie heraus zu lesen ist, die andere nicht. Durch die Studie zieht sich der Widerspruch vom starken Staat und der individuellen Freiheit. Er geht mitten durch die Individuen in Russland. Die Hoffnung auf Daseinsvorsorge von oben und der Wunsch, in Ruhe gelassen zu werden, sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, wie die Hoffnung auf eine große, ordnende Hand im alltäglichen Chaos und das Wissen um die Gier, die Grausamkeit, die Gleichgültigkeit des eigenen Staates. Seit langem besteht das russische Alltagsleben aus dem Widerspruch, den Staat fürs Überleben zu brauchen (was der Staat auch bewusst so einzurichten versteht) und ihm dabei möglichst nicht zu nahe zu kommen, weil das gefährlich ist (periodisch auch immer mal wieder für Leib und Leben).

Auch daher kommt die Attraktivität des ungeschriebenen Putinschen »Gesellschaftsvertrags« der 2000er

Jahre. Für einen Teil der russischen Gesellschaft (den größeren, ärmeren, ungebildeteren, eher kleinstädtischen und ländlichen) ist die Daseinsvorsorge wichtiger als die ideologische Enthaltensamkeit des Staates. Dem anderen Teil (dem eher großstädtischen, gut (aus-)gebildeten, reicheren und kleineren) behagt die staatlichen Einmischung weniger. Da es immer weniger geklappt hat, auch Präsident des einen Drittels zu sein, konzentriert sich Putin seit dem Vorjahr zunehmend auf die (größeren) zwei Drittel. Letztere stören sich (bisher) kaum an den Ideologie-Gesetzen, ja heißen sie oft sogar, vor allem, wenn es um andere Lebensentwürfe geht, gut. Umgekehrt glaubt kaum noch jemand des kleineren Teils, dass mit Putin die wirtschaftliche Zukunft zu gewinnen sei. Und dann mischt er sich auch noch – häufig auf moralisch zweifelhafte Weise – in ihre inneren Angelegenheiten ein.

Soweit, so politisch normal. Die zweite Erklärung ist, wie man früher in Russland gesagt hätte (irgendwie ist das etwa zeitgleich mit dem Rauschmiss von Gleb Pawlowskij vor rund fünf Jahren aus der Mode gekommen) polit-technologischer, daher spekulativer und unangenehmer. Hinter all diesen Gesetzen steht keine in irgendeiner Weise geschlossene Ideologie. Ihr wichtigstes Ziel ist das Nebelwerfen. Sie sollen ablenken. Und das gelingt recht gut.

Die Hauptlosung des vorjährigen Protestwinters war die Verdammung der »Gauner und Diebe« an der Macht. Die Protestierenden verlangten faire Wahlen (in denen der Sieg nicht ergaunert wird) und eine endlich effektive (tatsächliche) Korruptionsbekämpfung. Beide Teile dieser Losung, auch die Forderung fairer Wahlen, sind, wie Umfragen immer wieder zeigen, mehrheitsfähig. Sie waren, eine kurze Zeit lang, eine reale Bedrohung für

Putins Macht, weil sie auch in einem Teil des Putinlagers unterstützt wurden und werden. Seit Putins Marionettenparlament ein absurdes Gesetz nach dem anderen verabschiedet, ist der Putin-kritische Teil des Landes vor allem damit beschäftigt, sich darüber aufzuregen oder sich vor den in diesen Gesetzen angedrohten, meist drastischen Strafen zu schützen. Das Nebelwerfen funktioniert bisher recht gut. Kaum jemand spricht noch über die amtlichen »Diebe und Gauner«. Und wer es dennoch tut, dem kommt, wie dem Blogger Alexej Nawalnyj, die Staatsanwaltschaft ins Haus (oder es wird zum Verhör vorgeladen). Auch das, solange man noch nicht sitzt, eine Art Beschäftigungstherapie.

Auf diese Weise hat der Kreml das Heft des Handelns längst wieder an sich gerissen und ist vom Reagieren zum Agieren übergegangen. Mit missionarischem Erziehungseifer nimmt Premierminister Medwedew Russen und Russinnen (die Reihenfolge ist politisch korrekt, weil die Russen es nötiger haben als die Russinnen) von der anderen Seite in die Zange, indem er sie im Namen des großmächtigen Vaterlandes, der Demographie und des Wirtschaftswachstums (also völlig rational und nachvollziehbar) zu einem gesünderem und unfallfreieren Leben zu drängen sucht. Gängige Mittel sind Alkoholverkaufsverbote, Bluttests, Fahr- und Rauchverbote. Bleibt die Frage, ob die damit losgetretene Obkurantismus-Welle mit den Adoptions- und Fluchverböten nicht überzieht. Das kann heute niemand wissen.

Das Verhältnis von Staat und Bürger wird neu geordnet. Ob das die RussInnen ihrem Traum näher bringen wird, darf bezweifelt werden.

*Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.*

## Vom 24. Januar bis zum 7. Februar 2013

24.01.2013	Das Präsidium des Zentralrates der Partei »Gerechtes Russland« stellt die Parteimitglieder vor ein Ultimatum, sich innerhalb eines Monats zu entscheiden, ob sie in der Partei oder in gesellschaftlichen Organisationen aktiv sein wollen. Dies betrifft konkret Gennadij und Dmitrij Gudkow, Ilja Ponomarjow und Oleg Schein, die sich aktiv in der Oppositionsbewegung engagieren.
25.01.2013	In der Nähe von Tschegem (Kabardino-Balkarien) werden bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte drei Untergrundkämpfer getötet.
25.01.2013	Erste Lesung des Gesetzes gegen »Propaganda von Homosexualität vor Minderjährigen«. Vor der Duma kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern des Gesetzes. Mehrere Personen werden festgenommen.
25.01.2013	Die USA ziehen sich aus der russisch-amerikanischen Arbeitsgruppe zur Diskussion von Demokratie und Menschenrechten zurück. Victoria Nuland, die Sprecherin des US-Außenministeriums, begründet den Schritt damit, dass die Arbeitsgruppen nicht funktioniert und die Sache der Zivilgesellschaft in Russland nicht befördert wird.. Dmitrij Peskow, Pressesprecher des Präsidenten, äußert sein Bedauern.
26.01.2013	Bei einem Brand in einer Moskauer Parkgarage kommen neun Personen ums Leben. Sieben weitere werden zum teil schwer verletzt. Die Opfer stammen alle aus Usbekistan.
28.01.2013	Magomedsalam Magomedow wird »auf eigenen Wunsch« von seinem Amt als Republikoberhaupt Dagestans abgelöst. Seine Amtsgeschäfte übernimmt kommissarisch Ramasan Abdulatipow, Dumaabgeordneter von »Einiges Russland«. Magomedow wird zum Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration ernannt.
28.01.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ernennt Alexander Smirnow zum neuen Leiter der Föderalbehörde für Finanz- und Haushaltsaufsicht.
28.01.2013	Das föderale Gesetz gegen »Propaganda von Homosexualität vor Minderjährigen« wird mit 388 von 390 Stimmen in erster Lesung verabschiedet.
29.01.2013	Das Strafverfolgungskomitee lässt das Arbeitszimmer und die Dienst-Datscha von Nikita Belych, dem Gouverneur des Gebiets Kirow, durchsuchen. Die Durchsuchung steht im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen den Blogger und Oppositionsaktivisten Aleksej Nawalnyj.
30.01.2013	Russland belegt auf dem jährlichen Rating zur Pressefreiheit der Organisation »Reporter ohne Grenzen« unter 179 Ländern Platz 148. Damit steigt Russland gegenüber dem Vorjahr um sechs Plätze ab.
30.01.2013	Russland kündigt das Abkommen zur Rechtsschutzzusammenarbeit mit den USA.
31.01.2013	Auf einer erweiterten Sitzung der russischen Regierung unter Vorsitz von Präsident Wladimir Putin werden die Prioritäten der Regierungstätigkeit bis 2018 erörtert. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erklärt, dass Russland einen »Fünfjahresplan zur effektiven Entwicklung brauche«. Angestrebt werde ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 5 %.
31.01.2013	Auf dem Moskauer Triumphalplatz findet eine »Strategie-31«-Demonstration statt, die nicht genehmigt worden ist. Ca. 15 Personen werden festgenommen.
01.02.2013	Präsident Wladimir Putin gratuliert dem Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, zum vierten Jahrestag seines Amtsantritts. Kirill bedankt sich seinerseits für den staatlich-kirchlichen Dialog.
01.02.2013	Der Menschenrechtsrat beim Russischen Präsidenten erklärt, dass die Ereignisse am Bolotnaja-Platz vom 6. Mai 2012 nicht als »Massenunruhen« eingestuft werden können. Das Strafverfolgungskomitee widerspricht dieser Stellungnahme.
02.02.2013	Die Russische Union der Journalisten verleiht den Produzenten des Dokumentarfilm-Kanals »24 Doc« die »Goldene Feder Russlands«. Zwei Tage zuvor wurde Wera Kritschewskaja, die Kreativproduzentin des Kanals, durch den staatlichen Eigentümer »Rostelekom« überraschend die Vertragsverlängerung verweigert.
02.02.2013	Präsident Putin nimmt in Wolgograd an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Kapitulation der deutschen 6. Armee teil. Die Stadt wird, nach Beschluss des Regionalparlaments, künftig an Feiertagen in Stalingrad umbenannt. In Wolgograd, in Tschita und in St. Petersburg fahren an diesem Tag »Autobusse des Sieges« mit Stalin-Portraits.
04.02.2013	Eine »Liberale Plattform« der Regierungspartei »Einiges Russland« veröffentlicht ein Manifest, in dem es heißt, dass in Russland keine andere Partei außer »Einiges Russland« liberale Werte wie Freiheit, Privateigentum, Gerechtigkeit, Solidarität und Souveränität realisieren könne.

05.02.2013	Präsident Wladimir Putin teilt auf einer Sitzung zur Lage in Krymsk bekannt, dass der russische Staat zur Beseitigung der Folgen der Flutkatastrophe in Krymsk, die im Juli 2012 171 Menschen das Leben kostete, 16,5 Mrd. Rubel (ca. 405 Mio. €) aufgewendet hat.
06.02.2013	Das Regionalparlament des Gebiets Kirow beschließt mit den Stimmen der Abgeordneten von »Einiges Russland«, das für heute geplante Mißtrauensvotum gegen Gouverneur Nikita Belych zu verschieben.
06.02.2013	Präsident Wladimir Putin besucht Sotschi, um sich ein Bild von den Vorbereitungen für die Winter-Olympiade 2014 zu machen. Am Abend trifft er mit Vertretern des Internationalen Olympischen Komitees zusammen. Alle Seiten zeigen sich erfreut über den Stand der Arbeiten.
07.02.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erklärt auf einer Regierungssitzung, dass in Zukunft keine Staatsbediensteten in Aufsichtsräten von Staatsunternehmen vertreten sein sollen. Ein Beschluss dieser Art war bereits im März 2011 gefasst worden. Medwedew stellt auch fest, dass in Zukunft nur solche Objekte in föderalem Besitz verbleiben sollen, die von strategischer Bedeutung für den Staat sind.
07.02.2013	Präsident Wladimir Putin entlässt Achmed Bilalow als Vize-Präsidenten des Olympischen Komitees Russlands und als Vorsitzenden des Staatsunternehmens »Kurorte des Nordkavkasus«. Bilalow ist am Bau mehrerer Olympia-Objekte beteiligt. Putin hatte am Vortag in Sotschi Bauverzögerungen und Baukostensteigerungen heftig kritisiert. Gegen Wiktor Lutschinkin, den Vorsitzenden des Staatsunternehmens »Olimpstroj«, wird ein Untersuchungsverfahren wegen des Verdachts auf Diebstahl von 900 Mio. Rubel (ca. 22 Mio. €) eingeleitet.
07.02.2013	Viktor Sawarsin, der Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, gibt nach einer geschlossenen Sitzung des Ausschusses bekannt, dass der russische Rechnungshof nach der Überprüfung der Haushaltsausgaben für nationale Verteidigung im Jahr 2012 Verstöße in Höhe von 117,5 Mrd. Rubel (ca. 2,9 Mrd. €) festgestellt hat.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen  
und Halbach Stiftung

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)